TUHH
Technische Universität Hamburg-Harburg

Gender Mainstreaming im Bundesportal BundOnline 2005

Gutachten im Auftrag des Vereins Frauen geben Technik neue Impulse

Autorinnen: Prof. Dr. Gabriele Winker
Ricarda Drüeke M.A.
Technische Universität Hamburg-Harburg
Arbeit – Gender – Technik (4-15)
21071 Hamburg
http://www.tu-harburg.de/agentec

Hamburg, Februar 2004

Inhalt

Zusammenfassung ***3***

1 Einleitung **6**

2 Gender Mainstreaming – Herausforderung und Relevanz für eGovernment **6**

2.1 Erwartungen an eGovernment-Initiativen 6

2.2 Konzept des Gender Mainstreaming 8

2.3 Geschlechtsspezifische Nutzung des Internet 10

3 Zur Konzeption des Internetportals BundOnline2005 **12**

3.1 Einseitige Schwerpunktsetzung auf Informationsbereitstellung 12

3.2 Keine Verankerung von Gender Mainstreaming 14

4 Evaluation des Internetportals BundOnline 2005 aus Genderperspektiven **16**

4.1 Kriterien der Evaluation 16

4.1.1 Angebote für unterschiedliche Lebenssituationen von Frauen *16*

4.1.2 Auffindbarkeit und Sichtbarkeit von Angeboten *17*

4.2 Weitgehendes Fehlen frauenpolitischer Angebote 17

4.3 Gleichstellungsrelevante Angebote nur in einzelnen Bereichen 19

4.3.1 Gleichstellung im Beruf als separate Rubrik *20*

4.3.2 Gendersensitive Bildungsangebote erst auf den zweiten Blick *24*

4.3.3 Genderbewusste Angebote und große Informationslücken im Familienbereich *26*

4.4 Unübersichtliche Navigationsfunktionen ohne Zielgruppenorientierung 28

4.5 Suchsystem ohne gendersensitiven Thesaurus 29

5 Vergleich mit anderen Ländern und deutschen Bundesländern **31**

5.1 Ansprache anhand von Lebenslagen in Großbritannien 31

5.2 Zugang über Themen und Zielgruppen in Kanada 33

5.3 Ansprache über Zielgruppe Frauen und Männer in Sachsen-Anhalt 34

5.4 Doppelstrategie durch integriertes Frauenportal im Bremer Landesportal 37

6 Ergebnisse 38

6.1 Fehlendes Informationskonzept zu frauenpolitischen und genderrelevanten Themen 38

6.2 Fehlende Zielgruppenansprache für verschiedene Gruppen von Bürgerinnen 40

6.3 Keine Partizipation von Bürgern und Bürgerinnen 40

6.4 Kurzfristig realisierbare Handlungsschritte 41

7 Literaturverzeichnis 42

Zusammenfassung

In diesem Gutachten wird der Frage nachgegangen, inwieweit bei der Realisierung des Bundesportals www.bund.de, das einen zentralen Bestandteil der eGovernment-Initiative der Bundesregierung darstellt, Genderperspektiven berücksichtigt werden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass trotz einiger vielversprechender Ansätze die Strategie des Gender Mainstreaming im Bundesportal nur unzureichend umgesetzt ist. Damit werden die vielfältigen Chancen des neuen Mediums nicht umfassend zur Unterstützung einer offensiven Chancengleichheit von Frauen und Männern genutzt.

Eine einheitliche Strategie bei der Implementierung von gleichstellungsrelevanten Angeboten ist nicht erkennbar. Dies hängt damit zusammen, dass Gender Mainstreaming in den Konzepten zum Bundesportal nicht im Leitbild benannt wird und in der Umsetzung Effektivitätssteigerung und Rationalisierung im Vordergrund stehen.

In einzelnen Bereichen wie Arbeit und Beruf werden teilweise gendersensitive Angebote ins Bundesportal eingestellt und auch das Thema Gleichstellung als Rubrik benannt. Allerdings finden sich nicht alle Angebote, die unter der Rubrik Gleichstellung übersichtlich gesammelt werden, gleichzeitig auch in dem jeweiligen Themengebiet wieder, auf die sich diese Angebote beziehen. Damit besteht die Gefahr, dass genderrelevante Angebote in den Bereich Gleichstellung abgeschoben werden und im allgemeineren Teil nicht mehr auftauchen. Allerdings ist es zu begrüßen, dass im Bereich Arbeit und Beruf Gleichstellung einen eigenständigen Platz erhält und damit als politische Aufgabe sichtbar bleibt.

Anders sieht es im Bereich Bildung und Ausbildung aus, in dem auf der oberen Ebene Genderaspekte beinahe durchgängig vernachlässigt werden. Hier muss gezielt in einzelnen Websites gesucht werden, die über Unterkategorien erreichbar sind, um eine Thematisierung gesellschaftlicher Ungleichheiten zu finden. Auch werden Frauen und Mädchen an keiner Stelle direkt angesprochen. Dies ist besonders deswegen bedauerlich, da es eine Reihe von Projekten gibt, die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert werden und die sich gezielt an Frauen und Mädchen wenden, z.B. im Bereich der (informations-)technischen Ausbildung.

Im Bereich Familie und Partnerschaft wird in der Mehrheit der Angebote nicht von einem speziellen Informationsbedürfnis von Frauen ausgegangen. Die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung und die Schwierigkeiten, die bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie besonders von Frauen gelöst werden müssen, werden nicht gesondert angesprochen. Besonders deutlich wird dies auch in der Rubrik Kinderbetreuung. Hier gibt es keinerlei Informationen für Mütter, aber auch nicht für Väter, sondern nur Angebote für Betriebe und Behörden.

Die Ansprache einer eigenständigen Interessensgruppe Frau oder einzelner Zielgruppen von Frauen wie Mädchen, Migrantinnen, Hausfrauen etc. ist ebenso wenig vorhanden wie Angebote, die sich gezielt mit frauenpolitischen Fragestellungen beschäftigen. Einen Platz für Frauenpolitik scheint es im Bundesportal nicht zu geben. Und durch das Fehlen eines eigenständigen und übergreifenden Gleichstellungsbereichs sind frauen- bzw. genderpolitische Aspekte oder Angebote nur mühsam unter verschiedenen Rubriken zu finden.

Dazu kommt, dass die vorhandenen Angebote durch mangelhafte Suchfunktionen nicht entsprechend sichtbar gemacht werden. Der Schlagwortkatalog ist nicht gendersensitiv. Damit erscheint für NutzerInnen mit Interesse an Angeboten zur politischen Unterstützung von Chancengleichheit die Verschlagwortung als willkürlich. Angebote werden teilweise nur per Zufall gefunden oder weil der Projektname der NutzerIn bereits vorher bekannt war.

Im Vordergrund des Internetauftritts www.bund.de steht die Bereitstellung von Informationen der einzelnen Ministerien. Beteiligungsorientierte Angebote, mit denen Bürger und Bürgerinnen über moderierte Foren und Diskussionsrunden zur politischen Teilhabe aufgefordert werden, sind so gut wie nicht vorhanden. Dies ist für Gruppen, deren Interessen nicht im Mainstream vertreten werden und die sich für Ihre Bedürfnisse politisch aktiv einsetzen müssen, besonders störend. So gibt es auch keinen Raum, in dem unter dem Dach des Bundesportals über Frauen- oder Geschlechterpolitik debattiert werden könnte.

Um das Internetportal des Bundes in der Zukunft geschlechtersensitiv zu gestalten, muss zunächst die Strategie des Gender Mainstreaming im Leitbild benannt und in alle Bereiche integriert werden. Davon ausgehend lassen sich dann gezielt zielgruppenspezifische Angebote entwickeln, die differenziert die Interessen und Belange von Frauen und Männern in unterschiedlichen Lebenslagen widerspiegeln. Darüber hinaus kann über durchgängige Suchmöglichkeiten nach Zielgruppen und Lebenslagen sowie eine gendersensitive Verschlagwortung die Auffindbarkeit genderrelevanter Angebote deutlich verbessert werden.

Im Weiteren gilt es, die Möglichkeiten zur politischen Teilhabe für Bürgerinnen und Bürger auszubauen. Das Internetportal des Bundes kann zur Erweiterung der Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern beitragen, wenn ein öffentlicher Raum geschaffen wird, der vielfältige Informationen für unterschiedliche Lebenslagen bietet und diskursive Partizipation ermöglicht.

1 Einleitung

Gegenstand des vorliegenden Gutachtens ist die Frage, wie bei der Realisierung des Bundesportals www.bund.de die Strategie des Gender Mainstreaming umgesetzt wird. Das Bundesportal www.bund.de ist ein zentraler Bestandteil der eGovernment-Initiative BundOnline 2005 der Bundesregierung. Deswegen hat die Beachtung bzw. Nicht-Beachtung der Prinzipien des Gender Mainstreaming bei der Konzeption des Bundesportals durchaus Konsequenzen für Bürger und Bürgerinnen.

Im folgenden Kapitel wird dargelegt, warum es wichtig ist, Gender als zentrale Strukturkategorie auch bei Maßnahmen im Bereich des eGovernment auf allen Ebenen mitzudenken. Es wird verdeutlicht, dass nach wie vor vorhandene Unterschiede zwischen den Lebensverhältnissen, den Situationen und Bedürfnissen von Männern und Frauen systematisch in allen Politikfeldern, also auch im Rahmen von eGovernment-Initiativen, berücksichtigt werden müssen.

Im dritten Kapitel wird die Konzeption der eGovernment-Initiative des Bundes dargestellt. Einerseits wird erläutert, welche Zielsetzung die Bundesregierung mit BundOnline 2005 verfolgt und andererseits wird überprüft, welchen Stellenwert darin das Konzept des Gender Mainstreaming einnimmt.

Das vierte Kapitel stellt mit der Evaluation des Internetportals www.bund.de den Schwerpunkt des Gutachtens dar. Anhand geschlechtersensitiver Kriterien werden Teile der vorhandenen Dienstleistungsangebote untersucht. Bei der Untersuchung steht die grundlegende Frage im Zentrum, welcher Beitrag durch das Bundesportal zur Weiterentwicklung von Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern geleistet wird.

Um nicht bei einer Kritik des Vorhandenem stehen zu bleiben, sondern auch konstruktive Vorschläge einbringen zu können, werden im fünften Kapital Verbesserungsvorschläge anhand von Beispielen aus anderen Ländern und deutschen Bundesländern aufgezeigt.

Das Gutachten endet mit einer Zusammenfassung der Ergebnisse, in denen auch die Schlussfolgerungen und Handlungsvorschläge auf einen Blick zu erkennen sind.

2 Gender Mainstreaming – Herausforderung und Relevanz für eGovernment

2.1 Erwartungen an eGovernment-Initiativen

Electronic Government (eGovernment) hat heutzutage sowohl bei Regierungen und Verwaltungen als auch für Bürgerinnen und Bürger einen hohen Stellenwert. In der politischen und wissenschaftlichen Debatte ist man sich einig, dass eGovernment alle Aspekte des Regierens und Verwaltens umfasst, sofern sie durch die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien unterstützt werden können.[1] Da eGovernment sowohl das Alltagshandeln der Verwaltung als auch das politische Agieren auf kommunaler, Landes- und Bundesebene umfasst, richten sich große Hoffnungen auf eGovernment-Prozesse. Durch bessere Erreichbarkeit wird ein neues Verhältnis zwischen den Behörden und den Bürgern bzw. Bürgerinnen erwar-

[1] Fachausschuss Verwaltungsinformatik der Gesellschaft für Informatik e.V. und des Fachbereichs 1 der Informationstechnischen Gesellschaft im VDE (Hg.): Memorandum „Electronic Government als Schlüssel zur Modernisierung von Staat und Verwaltung“, September 2000, http://www.mediakomm.net/documents/memorandum.pdf

tet,[2] die künftig über Partizipation und Kontrollen stärker in staatliche Entscheidungsprozesse eingebunden würden.[3] Demokratische und soziale Innovationen könnten durch eGovernment entwickelt und unterstützt werden.[4] Euphorisch verspricht man sich von den Informations- und Kommunikationstechnologien die Entwicklung eines neuen öffentlichen Raums, in dem sich Demokratie auf direktere Weise konstituieren kann.[5]

So vielversprechend sich diese Demokratisierungspotenziale auch anhören, so genau muss gefragt werden, wie die derzeitigen eGovernment-Prozesse diesen Erwartungen gerecht werden und wie sich dieses Potenzial auch in der Internet-Plattform des Bundes niederschlägt. Denn die neuen technischen Möglichkeiten des Internet alleine garantieren noch keine „ideale" Öffentlichkeit.[6] Es besteht vielmehr ein erheblicher Gestaltungsbedarf, soll die neue Öffentlichkeit den Grundwerten der demokratischen Ordnung entsprechen. Aufgabe ist es also, die Verwaltungsstrukturen effektiver und transparenter zu gestalten und den Bürgern und Bürgerinnen tatsächliche neue Partizipationsmöglichkeiten zu eröffnen.

Deswegen stellt sich bei allen eGovernment-Initiativen die Frage, ob es sich im Sinne einer Studie der Bertelsmann Stiftung um „Balanced E-Government" handelt, das sich ausgewogen aus den beiden Säulen eAdministration und eDemocracy zusammensetzt.[7] Die erste Säule umfasst die informationstechnisch gestützte Abwicklung bürgerorientierter Dienstleistungen öffentlicher Einrichtungen. Bei eDemocracy handelt es sich um digitale Informationen (Transparenz) und die Einflussnahme (Partizipation) von Bürgern und Bürgerinnen auf die Entscheidungen öffentlicher Institutionen.[8]

Konzeptionell scheint die Bundesregierung diese Ausgewogenheit vor Augen zu haben, wenn sie von einer Strategie des integrierten eGovernment spricht. So sollen zum einen mit Hilfe elektronischer Verwaltungsabläufe Verfahren vereinfacht und standardisiert werden, weiterhin soll eGovernment aber durch neue Wege der Information und Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger die Demokratie stärken.[9]

In diesem Zusammenhang ist BundOnline 2005 eine eGovernment-Initiative der Bundesregierung, deren Ziel es ist, bis zum Jahre 2005 alle online-fähigen Dienstleistungen im Internet bereitzustellen. Das Portal www.bund.de ist dabei das Dienstleistungsportal des Bundes, das den schnellen Zugang zu allen behördlichen Informationen und Service-Angeboten der Verwaltung ermöglichen soll. Dabei gilt es im Rahmen des hier vorliegenden Gutachtens zu prüfen, für welche Zielgruppen elektronische Angebote gemacht werden, die zu mehr Transpa-

---

2 Plake, Klaus; Jansen, Daniel; Schuhmacher, Birgit: Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit im Internet. Politische Potenziale der Medienentwicklung. Opladen: Westdeutscher Verlag 2001

3 Lucke, Jörn von: Electronic Government. Regieren und Verwalten im Informationszeitalter. Forschungsbericht 2002, http:// foev.dhv-speyer.de/ruvii/bericht.htm

4 Hill, Hermann: Electronic Government. Strategie zur Modernisierung von Staat und Verwaltung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39-40/2002, http://www.bpb.de/publikationen/96DF1L,0,0,Electronic_Government.html

5 vgl. u.a. Kamps, Klaus (Hg.): Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation. Opladen: Westdeutscher Verlag 1999 oder Leggewie, Claus; Maar, Christa (Hg.): Internet und Politik. Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie. Köln: Bollmann 1998

6 Roesler, Alexander (1997): Bequeme Einmischung. Öffentlichkeit und Internet. In: Münker, Stephan; Roesler, Alexander (Hg.): Mythos Internet. Frankfurt am Main: Suhrkamp

7 Bertelsmann-Stiftung: Balanced E-Government. Elektronisches Regieren zwischen administrativer Effizienz und bürgernaher Demokratie. Gütersloh 2002, http://www.begix.de

8 vgl. Bilgeri, Alexander; Siedschlag, Alexander: „Die Daten sollen laufen – nicht der Bürger". Deutschland auf dem Weg zum Netzwerkstaat. In: Alexander Siegschlag/Alexander Bilgeri (Hg.): Kursbuch Internet und Politik, Band 2/2002, S. 9-20

9 Bundesverwaltungsamt - Projektgruppe Dienstleistungsportal bund.de (Hg.): Strategie für integriertes eGovernment, 2003, http://www.deutschland-online.de

renz und Partizipation beitragen können. Werden auch Bürgerinnen gezielt angesprochen? Hat das eGovernment-Portal des Bundes auch andere Zielgruppen wie Mädchen, erwerbslose Frauen, Migrantinnen, Lesben oder Alleinerziehende im Blick?

Bei der Realisierung von eGovernment-Initiativen ist zu berücksichtigen, dass die Partizipationsmöglichkeiten der Bürger und Bürgerinnen am politischen System verschieden stark ausgeprägt sind, sie vom konkreten Verwaltungshandeln unterschiedlich betroffen sind und unterschiedliche Bedürfnisse haben. Je nach sozialer und ethnischer Herkunft, je nach Einkommen- und Bildungsressourcen, je nach konkreter Lebenslage stellen Bürger und Bürgerinnen an Politik und Verwaltung verschiedenartige Anforderungen und sind gleichzeitig auch unterschiedlich stark in politische Prozesse integriert. Dabei spielt auch das Geschlecht eine wichtige Rolle. Einerseits sind viele Frauen wegen ihrer Verantwortung für ihre Familien stark auf öffentliche Dienstleistungen angewiesen und andererseits sind sie im politischen System unterrepräsentiert und kaum an der Spitze von öffentlichen Verwaltungen in Ämter mit Entscheidungsbefugnis zu finden.

Mit den neuen Prozessen im Rahmen von eGovernment stellt sich deswegen die Frage, ob diese Ungleichheit zwischen den Geschlechtern reproduziert wird oder aufgebrochen werden kann. Wenn mit Hilfe der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien grundsätzlich die öffentliche Teilhabe von Bürger und Bürgerinnen ausgedehnt werden kann, dann muss es auch Aufgabe von eGovernment sein, einen Beitrag zur Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen zu leisten. Dieser normative Ansatz ist in Deutschland seit 1999 mit der Implementierung von Gender Mainstreaming offizielle staatliche Politik.

2.2 Konzept des Gender Mainstreaming

Gender Mainstreaming besteht in der Organisation, Verbesserung, Entwicklung und Evaluierung von Entscheidungsprozessen mit dem Ziel, dass die an politischer Gestaltung beteiligten Akteurinnen und Akteure den Blickwinkel der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern in allen Bereichen und auf allen Ebenen einnehmen.[10] Gender Mainstreaming als Strategie ist damit ein Auftrag an Politik und Verwaltung sowie an die dort Beschäftigten bei allen gesellschaftlichen Vorhaben, also auch bei der Realisierung von eGovernment-Prozessen, die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vorneherein wahrzunehmen und systematisch in allen Politik- und Aktionsfeldern zu berücksichtigen.[11] Gender Mainstreaming als Top-down Ansatz beinhaltet, dass Gender als zentrale Strukturkategorie auf allen Ebenen mitgedacht werden muss.

Hintergrund für das Konzept des Gender Mainstreaming ist die Tatsache, dass in einem ökonomisch hoch entwickelten Land wie der BRD eine geschlechtshierarchische Arbeitsteilung herrscht. Nach wie vor besteht das gesellschaftliche Problem, dass sich zumindest für Menschen mit Kindern die beiden Lebensbereiche der Berufsarbeit und der Familientätigkeiten kaum vereinbaren lassen. In der Regel steht hinter einem vollzeitbeschäftigten Elternteil eine zweite Person, die den Rücken freihält für die Organisation des Alltagslebens, die Versorgung und Pflege der Kinder und älterer Angehöriger. Auf dieser Unvereinbarkeit beider Lebensbereiche beruhen die klare Trennung und geschlechtsspezifische Zuweisung von bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter Haus- und Sorgearbeit. Dies zeigt die neue Zeitverwendungsstudie der deutschen Bevölkerung, die im Auftrag des BMFSFJ zum zweiten Mal erstellt wurde, mit aller Deutlichkeit. Während Frauen durchschnittlich 43 Stunden pro Woche arbeiten, da-

[10] Definition des Sachverständigenberichts für den Europarat 1998, vgl. http://www.gender-mainstreaming.net, gefördert vom BMFSFJ

[11] Rechtlich verbindlich ist diese europäisches Strategie seit der Ratifizierung des Amsterdamer Vertrags 1999.

von 12 Stunden bezahlt für den Beruf und 31 Stunden unbezahlt für die Familie, sind es bei Männern 42 Stunden, davon 22,5 Stunden bezahlt und 19,5 Stunden unbezahlt.[12]

Diese Verantwortung der Frauen für die häusliche Arbeit verhindert eine gleichberechtigte Teilnahme am Arbeitsmarkt. So kommt es zu Abhängigkeitsverhältnissen und Machtgefällen zwischen den Geschlechtern. Dies schlägt sich nach wie vor in einem deutlichen Lohn- und Gehaltsgefälle zwischen Frauen und Männern nieder.[13]

Die Arbeitsteilung hat neben der Zuständigkeit der Mütter für die Haus- und Sorgearbeit auch Auswirkungen auf das bürgerschaftliche Engagement, das ebenfalls geschlechtsspezifisch strukturiert ist. Im Bereich Gesundheit, Schule und Kindergarten ist der weibliche Anteil überproportional hoch, bei Rettungsdiensten, Feuerwehr und Politik der männliche.[14] Auch leisten Frauen, wenn sie sich engagieren, weitaus häufiger persönliche Hilfe, Männer demgegenüber übernehmen eher Verwaltungs- und Führungstätigkeiten.[15]

Vor diesem Hintergrund geht es darum, bei den politischen Planungen, Konzepten und Entscheidungen im Bereich des eGovernment von vornherein zu überlegen, wie sich diese auf Frauen und Männer in unserer Gesellschaft auswirken und wie damit die Gleichstellung der Geschlechter verbessert werden kann.

Damit ist Gender Mainstreaming auch bei eGovernment-Prozessen ein Mittel zur Erreichung von Chancengleichheit und ergänzt als Strategie und Prozess die bisherige frauenspezifische Gleichstellungspolitik. Gender Mainstreaming darf allerdings Frauenpolitik nicht ersetzen, sondern integriert diese, um die Wirksamkeit von Gleichstellungspolitik zu verstärken. Die Herstellung von Gleichheit zwischen Männern und Frauen liegt damit nicht mehr nur in der Verantwortung der Frauenpolitik, sondern auch bei den jeweils Zuständigen und an einer Entscheidung beteiligten Personen.

Alle an eGovernment-Prozessen Beteiligte haben darauf zu achten, dass Informationsangebote und Partizipationsmöglichkeiten auch in all den Lebensbereichen technisch hochwertig zur Verfügung gestellt werden, in denen Frauen aufgrund der herrschenden Arbeitsteilung besonders gefordert sind und damit unterstützt werden können. Ein Internetportal des Bundes bietet auch die Möglichkeit, gesellschaftsrelevante Themen darzustellen, die bisher als dem privaten Bereich zugehörig definiert wurden, um sie somit öffentlich und damit diskursfähig zu machen.

Das Ziel könnte einerseits eine informationstechnisch-unterstützte Administration sein, die genderbewusst handelt. Anderseits ließe sich eine lebendige demokratische Öffentlichkeit im Netz anstreben, die politische Partizipation fördert und eine gleichberechtigte Beteiligung von

---

[12] Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ); Statistisches Bundesamt (Hg.): Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland 2001/02, 2003, http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/wo-bleibt-zeit,property=pdf.pdf

[13] vgl. Bericht der Bundesregierung zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern, April 2002, http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung4/Pdf-Anlagen/PRM-19920-Bericht-der-Bundesregierung-zu,property=pdf.pdf

[14] Zierau, Johanna: Genderperspektive – Freiwilligenarbeit, ehrenamtliche Tätigkeit und bürgerschaftliches Engagement bei Männern und Frauen. In: Picot, Sybille: Freiwilliges Engagement in Deutschland - Freiwilligensurvey 1999, 2000

[15] Stiegler, Barbara: Gender Perspektive, bürgerschaftliches Engagement und aktivierender Staat. Friedrich-Ebert-Stiftung, Juni 2002, http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/01355.pdf

Bürgern und Bürgerinnen eröffnet. Letzteres wird auch als Geschlechterdemokratie bezeichnet.[16]

2.3 Geschlechtsspezifische Nutzung des Internet

Vom Ziel einer Geschlechterdemokratie im Netz ist die Bundesrepublik Deutschland jedoch noch weit entfernt. Allerdings hat sich die Bundesregierung in ihrem Aktionsprogramm zur Informationsgesellschaft 2006 das Ziel gesetzt, „kurzfristig die gleiche und gleichwertige Internetbeteiligung" von Frauen zu erreichen.[17]

Die Realität im Jahre 2004 sieht aber noch anders aus. Nach wie vor sind deutlich weniger Frauen als Männer im Internet aktiv. So zeigen die neuesten Umfragewerte des (N)Onliner-Atlas von TNS Emnid GmbH, dass zwar 58,8 % aller Männer in Deutschland das Internet nutzen, aber gleichzeitig nur 42,1 % aller Frauen. Damit wächst zurzeit der Onliner-Anteil bei Männern wieder deutlich stärker als bei Frauen und die Diskrepanz zwischen den Geschlechtern hat – anders als zunächst erwartet – in den letzten Jahren nicht abgenommen.[18] Differenzierte Auswertungen aus den USA verweisen darauf, dass diese Geschlechterkluft im Zugang zum Internet sich primär über sozioökonomische Faktoren wie Einkommen und Bildung sowie über den individuellen Faktor des Alters erklären lassen. Ob dies auch für die BRD gilt, ist bisher nicht untersucht, und verweist auf mangelhafte gendersensitive statistische Auswertungen. Für die BRD ist nur bekannt, dass bei den unter 20-Jährigen die Nutzungsanteile beinahe ausgeglichen sind und sie bei den jungen Frauen und Männern auf einem hohen Niveau von um die 80% liegen. Doch bereits bei den 20- bis 29-Jährigen beginnt sich die Kluft zwischen den Geschlechtern zu öffnen, die dann mit steigendem Alter weiter zunimmt.[19]

Darüber hinaus bleibt auch die Zurückhaltung von Frauen in Bezug auf eine intensive Internetnutzung auffällig. Liegen die Frauenanteile bei Onliner, die bis zu 2 Stunden in der Woche online sind, noch knapp über der Hälfte, reduziert sich der Frauenanteil bei den regelmäßigen Onliner, die 6-10 Stunden wöchentlich im Netz aktiv sind, auf 33% und auf 27% bei den Onliner mit einer Netznutzungszeit von mehr als über 10 Stunden wöchentlich.[20] Damit sind Frauen bei den intensiven Netznutzenden deutlich unterrepräsentiert.[21]

Allerdings sind all diese Zahlen mit sehr viel Vorsicht zu interpretieren. Nach wie vor fehlen differenzierte Erhebungen zum Nutzungsverhalten, bei denen nicht nur ganz allgemein und unspezifisch die Nutzungszahlen von Frauen und Männern unterschieden werden, sondern die Unterschiede auf die konkreten Lebenssituationen bezogen werden. Ein erster Ansatz in diese Richtung ist mit der Sondererhebung Gender Mainstreaming des (N)Onliner Atlas 2002 und

---

16 Sauer, Birgit: Demokratie und Geschlecht. Institutionelle Verhältnisse und Verhinderungen. In: Meyer, Thomas; Weil, Reinhard (Hg.): Die Bürgergesellschaft. Perspektiven für Bürgerbeteiligung und Bürgerkommunikation. Bonn 2002

17 Bundesregierung (Hg.): Aktionsprogramm Informationsgesells chaft 2006. Ein Masterplan für Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft, 2003, S.24, http://www.bmbf.de/pub/aktionsprogramm_informationsgesellschaft_2006.pdf

18 TNS Emnid; Initiative D21 (Hg.): (N)Onliner Atlas 2003. Eine Topographie des digitalen Grabens durch Deutschland, Juni 2003, http://www.nonliner-atlas.de, vgl. auch die Untersuchungen von w3b, die 2002 zum ersten Mal ein Abfallen des Frauenanteils ausweisen, http://www.w3b.de

19 TNS Emnid, Initiative D21 (Hg.): (N)Onliner Atlas 2003,…., S. 35

20 Statistisches Bundesamt (Hg.): Informationstechnologie in Haushalten. Ergebnisse einer Pilotstudie für das Jahr 2002. Wiesbaden, 2003, S. 20, http://www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2003/iuk_privat.pdf

21 vgl. auch die Ergebnisse der Forschungsgruppe Wahlen Online (Hg.): Internet-Strukturdaten. Repräsentative Umfrage – IV.Quartal 2003, S.1, http://www.fgw-online.de/Ergebnisse/Strukturdaten_Internet/Strukturdaten_2003_12.pdf

2003 erfolgt. Daraus lässt sich ableiten, dass es vor allem die Nicht-Berufstätigen sind, die keinen Zugang zum Internet haben. Darunter fallen überproportional sowohl Hausfrauen (sowie die wenigen Hausmänner) als auch Rentner und Renterinnen.[22] In einer Studie aus Nordrhein-Westfalen wurde inzwischen die Vermutung belegt, dass auch Alleinerziehende, die bekanntlich in ihrer Mehrzahl weiblich sind, 10 Prozent weniger Ausstattung mit PC und Internet aufweisen als vergleichbare Familien mit zwei Elternteilen.[23]

Leider gibt es keine abgesicherten Untersuchungen zu der Frage, worin die Gründe für die zögerliche Nutzung des Internet durch Frauen in bestimmten Lebenssituationen liegen. Aus Studien, die nicht durchgängig nach Geschlecht differenzieren, ist bekannt, dass der primäre Grund für die Nicht-Nutzung das fehlende Interesse ist, erst dahinter liegen die zu hohen Anschaffungs- und Zugangskosten. Es scheint so, dass die Mehrzahl der „Internetmuffel" das Internet mit seinen Diensten schlicht nicht brauchen. So geben knapp die Hälfte aller Haushalte ohne private Internetnetzung an, das Internet sei für ihren Haushalt nicht nützlich.[24] Das verweist auch auf fehlende Angebote im öffentlichen Bereich, die einzelnen Haushalten neue qualitativ hochwertige Informationen zur Verfügung stellen bzw. über Transaktionen Zeiteinsparungen und damit Arbeitserleichterungen ermöglichen könnten.

Neu liegt inzwischen von TNS Emnid GmbH eine Untersuchung zur Nutzung von eGovernment vor.[25] Nach dieser Untersuchung werden eGovernment-Angebote von gerade einmal 26% der bundesdeutschen Bevölkerung genutzt, im Vergleich zu 24% im Jahre 2002 und 17% im Jahre 2001. Danach haben 21% der Bevölkerung die eGovernment-Angebote zur Informationsbeschaffung benutzt, 8% zum Download von behördlichen Vordrucken, jeweils 6% haben Transaktionen mit einzelnen Behörden realisiert oder sich mit persönlichen Anliegen an die Regierung gewandt und 5% nutzen eGovernment, um ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen und sich zu beteiligen.[26]

Bei einer Unterscheidung nach dem Geschlecht lassen sich ähnlich wie bei der allgemeinen Internetnutzung ebenfalls Unterschiede feststellen: 31% der männlichen Bevölkerung nutzen eGovernment-Angebote, aber nur 21% der weiblichen Bevölkerung.[27] Auf die einzelnen Nutzungsformen heruntergebrochen, sind die größten Unterschiede im Nutzungsverhalten von Männern und Frauen bei den Transaktionen (9 zu 4%) und beim Einbringen von Meinungen zu erkennen (8 zu 3%). Weniger stark ausgeprägt ist das Verhältnis bei den übrigen Nutzungsmöglichkeiten; so bei der Informationsbeschaffung (24 zu 19%), beim Download (9 zu 6%) und bei denjenigen, die sich an die Regierung gewandt haben (7 zu 5%).[28]

Wenn man die Daten der Internet- und eGovernment-Nutzung auf die Internetpopulation umrechnet, bedeutet dies, dass knapp die Hälfte derjenigen Frauen, die das Internet nutzen, auch eGovernment-Angebote wahrnehmen, während es bei Männern knapp 53% sind.

---

[22] (N)Onliner Atlas 2002. Gender-Mainstreaming-Sonderauswertung. Internetnutzung von Frauen und Männern in Deutschland, hrsg. von Frauen geben Technik neue Impulse e.V. zusammen mit TNS Emnid und der Initiative D21, http://www.kompetenzz.de/filemanager/download/224/(N)Onliner-Genderauswertung.pdf

[23] Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (Hg): Haushalte mit Kindern bei der Nutzung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien führend, März 2003, http://www.glossar.de/glossar/1frame.htm?http%3A//www.glossar.de/glossar/z_intrzahl2000.htm

[24] Statistisches Bundesamt (Hg.): Informationstechnologie in Haushalten. Ergebnisse einer Pilotstudie für das Jahr 2002. Wiesbaden, 2003, S.14, http://www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2003/iuk_privat.pdf

[25] TNS Emnid GmbH (2003) (Hg.): Government Online. A national Perspective 2003. Germany. http://www.tns-emnid.com/presse/GO_2003_Germany.pdf

[26] TNS Emnid (Hg.) (2003)…, S.16

[27] TNS Emnid (Hg.) (2003)…, S.10

[28] TNS Emnid (Hg.) (2003)…, S.24ff.

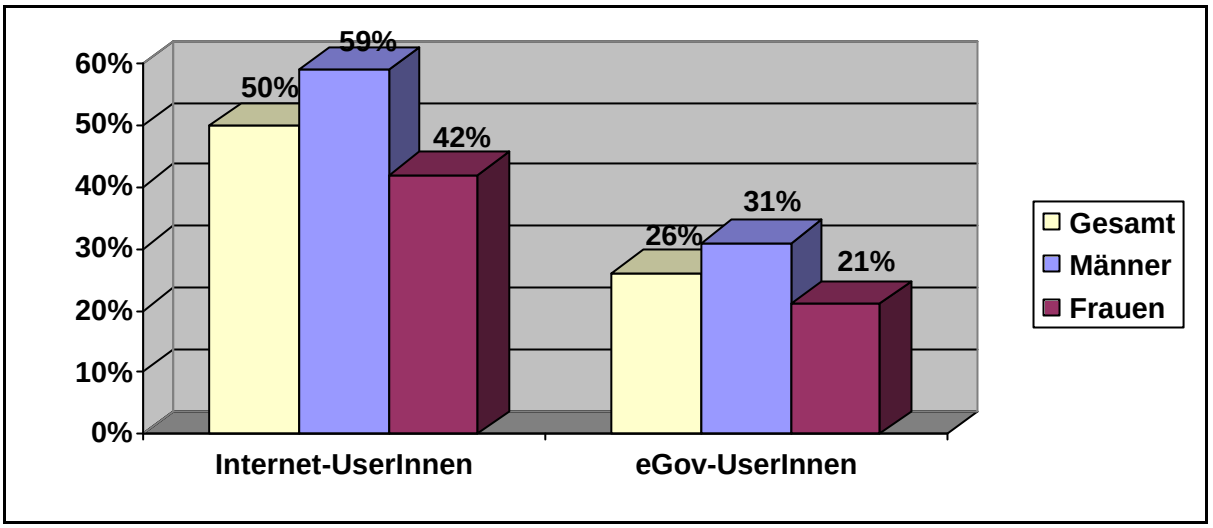

Abb. 1: Prozentualer Anteil der Internet-Nutzenden und der eGovernment-Nutzenden an der Bevölkerung; Quelle: eigene Darstellung, Daten aus TNS Emnid; Initiative D21 (2003), S.8 und TNS Emnid (2003), S.10

3 Zur Konzeption des Internetportals BundOnline2005

3.1 Einseitige Schwerpunktsetzung auf Informationsbereitstellung

Die Bundesregierung hat am 14. November 2001 einen ressortübergreifenden Umsetzungsplan für die eGovernment-Initiative BundOnline 2005 beschlossen.[29] Im Rahmen der eGovernment-Initiative BundOnline 2005 sollen alle rund 400 internetfähigen Dienstleistungen der Bundesverwaltung bis zum Jahr 2005 online verfügbar gemacht werden. Mehr als 100 Einzelbehörden und Behördenbereiche der Bundesverwaltung sind an diesem Projekt beteiligt.

Um der Öffentlichkeit Zugang zu den internetfähigen Dienstleistungen zu erschließen, wurde das Dienstleistungsportal www.bund.de geschaffen. Es dient seit März 2001 als „Orientierungshilfe“ zum Auffinden der Online-Auftritte der Bundesbehörden sowie als Informations- und Serviceangebot der Bundesverwaltung.[30]

Zu Beginn des Jahres 2004 bietet die Bundesverwaltung bereits mehr als 240 Dienstleistungen im Internet an. Hierzu gehören so unterschiedlichen Verfahren wie z.B. die elektronische Vergabeplattform e-Vergabe des Beschaffungsamts des BMI, das Modellverfahren BaföG Online für die Rückzahlung von Ausbildungsdarlehen, die Online-Zollauktion der Bundeszollverwaltung oder auch das Außenwirtschaftsportal IXPOS als Gemeinschaftsprojekt von Bundesministerien, Ländern, Verbänden und Kammern als auch Finanzierungsinstitutionen.

Mit der eGovernment-Initiative BundOnline 2005 will die Bundesregierung die Weichen für eine moderne Verwaltung in der Informationsgesellschaft stellen. Das Ziel ist eine Verwaltung, die weniger Kosten verursacht, die aber trotzdem einen besseren Service bietet – einfa-

---

[29] vgl. BundOnline 2005: Umsetzungsplan für die eGovernment-Initiative, Dezember 2001, http://www.bund.de/Anlage66411/pdf_datei.pdf

[30] vgl. BundOnline 2005, Umsetzungsplan 2001..., S.16

cher, schneller, transparenter und kundenfreundlicher. Zielgruppe des Dienstleistungsangebots sind externe „Nutzer“, wie z.B. Bürger, Wirtschaft, Wissenschaft, Verbände bzw. andere Behörden.[31]

Ferner ist es der Bundesregierung wichtig zu betonen, dass im Rahmen der Initiative BundOnline 2005 die Aufgaben der Bundesverwaltung aus der Perspektive eines modernen Dienstleistungsunternehmens analog zur Privatindustrie betrachtet wurden.[32] Damit werden Bürgerinnen und Bürger zu externen Kunden und die Dienstleistungen der eGovernment-Initiative unter dem Gesichtspunkt der Effizienz festgelegt. Das jeweilige Dienstleistungsportfolio soll dabei möglichst qualitätsorientiert erbracht werden. Im Zentrum soll eine neue Dienstleistungsorientierung stehen, die nicht nur das Abdecken von Aufgaben, sondern das möglichst kundenorientierte Erbringen von konkreten Dienstleistungen in das Zentrum stellt. Nutzen wird dabei nach den Kriterien Nutzersegmentgröße, Vorteile gegenüber dem traditionellen Angebot, Ressourcenersparnispotenzial, strategische Vorteile und Synergiepotenzial bewertet.[33]

An Bürgerinnen und Bürger richtet sich der Themenkatalog in der Mitte der Seite. Darüber sollen allen Nutzenden auch ohne große Verwaltungskenntnisse die Suche nach Informationen und Dienstleistungen des Bundes ermöglicht werden.[34]

Nach dem Umsetzungsplan der eGovernment-Initiative liegen die Schwerpunkte der Dienstleistungen einerseits auf Informationsangeboten, die jedoch in den meisten Fällen über ein bloßes Anbieten von statischen Informationen auf einer Webpage hinausgehen sollen, und andererseits auf Antragsverfahren mit in der Regel komplexen Abläufen und transaktionsorientierten Komponenten.[35]

Bei der konkreten Anzahl der geplanten Dienstleistungstypen wird deutlich, dass mit 156 Fällen der Dienstleistungstyp „Erfassen, Aufbereiten und Bereitstellen von Informationen“ weit an der Spitze liegt, dahinter stehen dann mit 89 geplanten Fällen das „Bearbeiten von Anträgen“ und mit 33 Fällen „Förderungen“.[36]

Laut Planungsstand November 2001 sind 383 Dienstleistungen als online-fähig eingestuft worden. Es wurde gleichzeitig bis 2005 von einem Anstieg um 6% ausgegangen; dies erklärt, warum 2002 bereits von 410 online-fähigen Dienstleistungen gesprochen wird.[37] Laut Fortschrittsanzeiger auf www.bund.de sind mittlerweile (Stand: 16. Januar 2004) 260 Dienstleistungen realisiert.

---

31 vgl. BundOnline 2005, Umsetzungsplan 2001..., S.18
32 vgl. BundOnline 2005, Umsetzungsplan 2001..., S.6
33 vgl. BundOnline 2005, Umsetzungsplan 2001..., S.24
34 vgl. BundOnline 2005: Basiskomponenten und Kompetenzzentren, November 2002, S.15, http://www.bund.de/Anlage92611/pdf_datei.pdf
35 vgl. BundOnline 2005, Umsetzungsplan 2001..., S.13
36 vlg. BundOnline 2005, Umsetzungsplan 2001..., S.20
37 vgl. BundOnline 2005: Umsetzungsplan für die eGovernment-Initiative 2005. Fortgeschriebener Stand der Umsetzung. Kabinettsbeschluss vom 11.Dezember 2002, Dezember 2002, S.25 http://www.bund.de/Anlage97992/pdf_datei.pdf

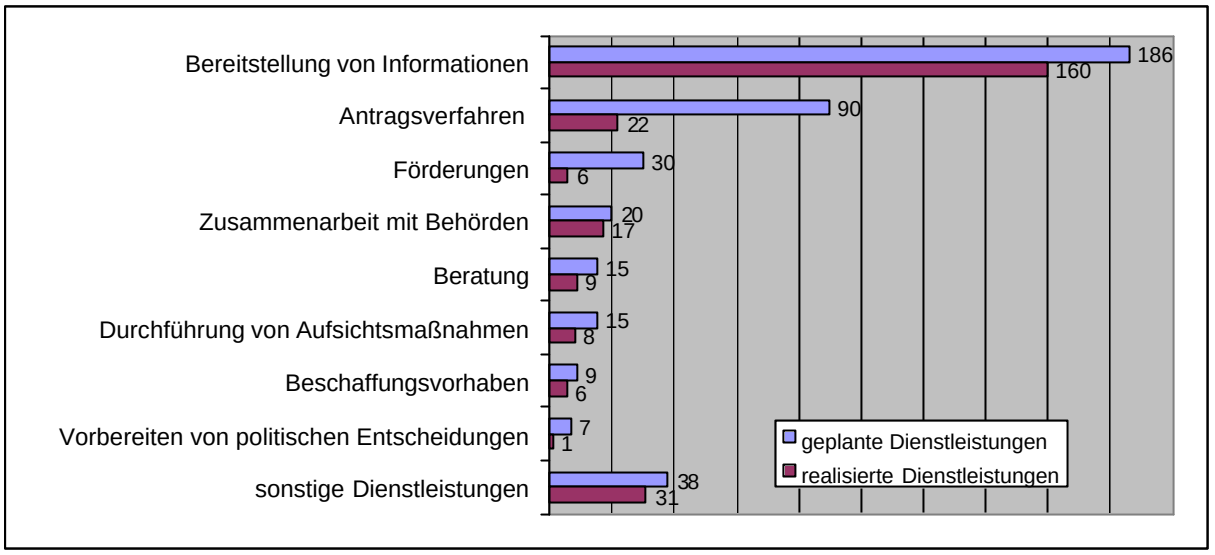

Abb. 2: Anzahl der geplanten und inzwischen realisierten Dienstleistungen im Portal www.bund .de; Quelle: eigene Darstellung, Zahlenmaterial aus Fortschrittsanzeiger unter http://www.bund.de/BundOnline2005/Fortschrittsanzeiger/Dienstleistungen-im-Ueberblick-.7022.htm und geplante Dienstleistungen aus BundOnline 2005 (2002): Umsetzungsplan für die eGovernment-Initiative, S.26

Der Schwerpunkt liegt auf der Bereitstellung von Information. Auffällig ist, dass kaum Dienstleistungen zur Vorbereitung von politischen Entscheidungen geplant sind und bis heute erst eine Dienstleistung dieser Art realisiert wurde. Im Vordergrund steht die Bereitstellung und Beschaffung von Information, an zweiter Stelle sind Transaktionen zwischen BürgerInnen, Verwaltung und Wirtschaft geplant und erst an dritter Stelle steht bei den Dienstleistungstypen mit „Beratung" und „Vorbereiten von politischen Entscheidungen" die Kommunikation zwischen Verwaltung und den Bürgerinnen und Bürger im Zentrum.

Auffallend ist, dass in der Wertschöpfungskette, der die verschiedenen Dienstleistungstypen zugeordnet werden, nur „Information", „Kommunikation" und „Transaktion" auftauchen. In der wissenschaftlichen Diskussion um eDemocracy als Teil von eGovernment wird dagegen immer wieder betont, wie wichtig darüber hinaus „Partizipation" ist. Partizipation und Teilhabe als wichtige Bausteine von eDemocracy spielen bei der Konzeption BundOnline 2005 keine erkennbare Rolle. Dies ist deswegen erstaunlich, da die Bundesregierung im Jahr 2000 darauf verwies, dass neben der Bereitstellung aller internetfähigen Dienstleistungen neue politische Beteiligungsformen über das Internet gefördert werden sollen, um die politische Willensbildung anzuregen.[38]

3.2 Keine Verankerung von Gender Mainstreaming

Gender Mainstreaming ist als Top-Down-Ansatz angelegt und erfordert ein klares Bekenntnis zu dieser Strategie von allen Personen, die an der Analyse, Gestaltung, Umsetzung und Evaluierung politischer Konzepte beteiligt sind. Sie müssen auch dafür sorgen, dass die dafür nötigen monetären, personellen und symbolischen Ressourcen und Informationen auf allen Ebenen bereit gestellt werden. Deswegen müsste das Prinzip des Gender Mainstreaming auch in den Leitbildern, Strategien und Zielvorgaben von BundOnline 2005 aufgenommen werden. Wie aber sieht die Realität aus?

[38] Bundesregierung (2000) (Hg.): Staatliche Dienstleistungen über das Internet - eGovernment, http://www.bundesregierung.de/artikel,-18145/staatliche-Dienstleistungen-ue.htm

Zwar wird in eGovernment-Handbüchern und -Leitlinien immer wieder die Notwendigkeit von Leitbildern bzw. Visionen betont, da es sich bei eGovernment um einen umfassenden Modernisierungsprozess handelt. Auch ist unbestritten, dass das allgemeine Leitbild heruntergebrochen und durch einzelne Leitlinien und Ziele konkretisiert werden muss. Allerdings finden sich in den über das Internet öffentlich zugänglichen Konzepten und Umsetzungsplänen zum Bundesportal BundOnline2005 bisher keinerlei Erwähnung von Gender Mainstreaming oder der Zielstellung der Chancengleichheit von Frauen und Männern.

Auch im eGovernment-Handbuch, das im Rahmen von BundOnline 2005 entwickelt und online zur Verfügung gestellt wird, wird nicht auf Genderaspekte und Fragen der Chancengleichheit eingegangen.[39] Das Handbuch wird vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik herausgegeben und hat die Aufgabe, Lösungen aufzuzeigen und Empfehlungen zu geben. Adressaten sind vorwiegend die Bundesbehörden sowie für eGovernment Verantwortliche und ProjektleiterInnen, denen es zur Orientierung dienen soll.

Damit steht dieses Handbuch in einer Reihe mit den meisten anderen Untersuchungen – wie z.B. eine von der Friedrich-Ebert-Stiftung finanzierte Studie zum eGovernment in den Bundesländern[40] oder auch die von Media@Komm geförderte Studie zu den Profilen des virtuellen Rathauses in über 20 Städten[41] –, die ebenfalls keine Genderfragen benennen. Nur im Rahmen von Media@Komm ist es inzwischen durch vielfältige Diskussionen im Beirat von Media@Komm gelungen, zumindest auf dem Papier, d.h. im Leitfaden mit dem Namen „Erfolgsmodell Kommunales eGovernment" das Prinzip des Gender Mainstreaming sowie Fragen der Chancengleichheit von Frauen und Männern an unterschiedlichen Stellen zu benennen.[42]

Ohne es von außen abschließend beurteilen zu können, scheint es so, als ob in der Konzeptions- und Realisierungsphase von BundOnline 2005 auch Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte nicht regelmäßig in die Projektorganisation integriert waren und sind. Auch wird nirgendwo in den öffentlich zugänglichen Unterlagen auf Genderexpertisen verwiesen, die von Fachleuten hätten erstellt werden können.

Selbstverständlich könnten auch ohne explizite Nennung von Gender Mainstreaming im Leitbild entsprechende Ziele formuliert werden, indem z.B. eine kinder- und familienfreundliche Bundesrepublik mit Hilfe von eGovernment unterstützt wird oder die Förderung von Alleinerziehenden oder beruflichen WiedereinsteigerInnen in den Vordergrund gestellt wird. Auch die umfassende Unterstützung der Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern sowie der Abbau geschlechtsspezifischer Arbeitssegregationen wären wichtige Ziele für eine genderbewusste Bundesrepublik. Ein solches implizites Gender Mainstreaming ist allerdings bei BundOnline2005 ebenfalls nicht umgesetzt.

Viele solcher Leitziele würden nicht nur Frauen, sondern auch all den Männern zugute kommen, die ebenfalls Verantwortung in ihren Familien übernehmen. Mit solchen konkreten Zielbestimmungen ließen sich auch deutlicher die unterschiedlichen Nutzer und Nutzerinnen des Bundesportals benennen als dies bisher der Fall ist, wo meistens ganz allgemein auf Dienstleistungsorientierung für unspezifische „Bürger" verwiesen wird.

---

39 Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI): E-Government-Handbuch, 2003, http://www.bsi.bund.de/fachthem/egov/

40 Kaczorowski, Willi u.a.: eGovernment in den Bundesländern – Sachstand und Perspektiven -, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2003, http://www.fes.de

41 Drüke, Helmut: E-Government in Deutschland – Profile des virtuellen Rathauses, Arbeitspapiere aus der Begleitforschung zum Städtewettbewerb Multimedia Media@Komm 8/2003

42 vgl. Media@Komm: Erfolgsmodell Kommunales E-Government, http://erfolgsmodell.mediakomm.net/

Beim Leitbild und den daraus abgeleiteten Zielsetzungen ist es darüber hinaus wichtig, den Prozesscharakter ernst zu nehmen und die benannten Bürger und Bürgerinnen, aus deren Blickwinkel Dienstleistungsangebote erstellt werden, zu integrieren. Dabei liegt der Wert eines Leitbildes in den meisten Fällen gar nicht in den letztlich verabschiedeten Formulierungen, sondern im zurückgelegten Prozess. „Wenn es gelingt, die Leitbilderarbeitung lebendig und kommunikativ zu gestalten und breite Kreise der Bevölkerung einzubeziehen, dann ist der Weg schon fast das Ziel."[43] Aber gerade die Einbeziehung der Bevölkerung ist bei der Entwicklung des Bundesportals, ähnlich wie bei den allermeisten Städten und Kommunen, unterentwickelt. Hier wird bei der Entwicklung von BundOnline 2005 eine Chance vergeben, Fragen der Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern bei der Konzipierung des Bundesportals mit zu denken und den Diskussionsprozess darüber in der Bevölkerung zu führen.

4 Evaluation des Internetportals BundOnline 2005 aus Genderperspektiven

4.1 Kriterien der Evaluation

Vor dem Hintergrund einer geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung, die sich auch im Netzzugang und im unterschiedlichen Internetnutzungsverhalten niederschlägt, ist es die Aufgabe von Politik und Verwaltung, neue eGovernment-Initiativen so zu konzipieren, dass sie unterschiedliche Belange berücksichtigen, eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern ermöglichen und zum Aufbrechen von Geschlechterhierarchien beitragen.

Das hier vorliegende Gutachten beschäftigt sich mit dem Bundesportal und stellt die Frage, inwieweit sich das dort realisierte Dienstleistungsangebot an den unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Bürgern und Bürgerinnen orientiert. Damit steht die Qualität der Dienstleistungsangebote im Mittelpunkt, die anhand einiger typischer weiblicher Informationsbedürfnisse und weiblich konnotierter Anliegen sowie der Berücksichtigung von gleichstellungspolitischen Aspekten untersucht wird. Zweiter Untersuchungspunkt ist die Frage nach der Auffindbarkeit und damit auch der Sichtbarkeit der Angebote.

4.1.1 Angebote für unterschiedliche Lebenssituationen von Frauen

Informationen sind die entscheidende Basis des Internetportals des Bundes. Damit stehen Fragen nach der Qualität der Inhalte und nach der Existenz und Breite von Informationen im Vordergrund. Durch die technischen Potenziale des Internet ist es möglich, große Datenmengen überschaubar aufzubereiten und zur Verfügung zu stellen. Aus einer Gender Mainstreaming Perspektive ist es wichtig, Informationen und Inhalte, die insbesondere für Frauen wichtig sind, gleichberechtigt in den entsprechenden Politikbereichen darzustellen. Ob dies der Fall ist, kann anhand exemplarischer von Nutzerinnen verfolgter Informationsbedürfnisse und den dafür bereitgestellten Angeboten untersucht werden.

In einem ersten Schritt werden exemplarisch Themen untersucht, die sich explizit auf bestimmte Frauenbelange beziehen. Findet die Nutzerin Informationen zur Frauen- oder Gleichstellungspolitik? Gibt es Hinweise und Ansprechpartnerinnen zum Themengebiet „Gewalt gegen Frauen"?

---

[43] Schumm-Garling, Ursula: Die Beschäftigten im Modernisierungsprozess: Von der Hoffnung zur Realität. Berlin, 1999, S.46f.

In einem zweiten Schritt wird untersucht, inwieweit bestimmte Themen die gesellschaftlichen Lebenswelten von Frauen und Männern im Sinne des Gender Mainstreaming gleichberechtigt widerspiegeln. Hier wird primär geprüft, wie Lebenssituationen, die in unserer Gesellschaft weiblich konnotiert sind, in das Bundesportal integriert sind. Damit liegt ein besonderes Augenmerk auf Alltagsbelangen und Themen wie Kinderbetreuung, Weiterbildung und Wiedereinstieg in den Beruf.

Damit stehen folgende Fragestellungen im Zentrum der Untersuchung:

- Wie sind Organisationen und Institutionen, die sich mit Frauen-/Gleichstellungspolitik beschäftigen, in die Internetseiten integriert?
- Welche Angebote gibt es in Bereichen, in denen spezifische Benachteiligungen von Frauen zu verzeichnen sind (z.B. Gewalt gegen Frauen)?
- Wie werden weiblich konnotierte Anliegen wie Kinderbetreuung, beruflicher Wiedereinstieg oder Teilzeitarbeit dargestellt? Wie ist die Qualität dieser Angebote einzuschätzen?

4.1.2 Auffindbarkeit und Sichtbarkeit von Angeboten

Angebote nutzen wenig, wenn sie von den Zielgruppen nicht gefunden werden und sie nicht an einer nachvollziehbaren Stelle im Portal platziert sind. Zunächst wird deswegen untersucht, ob über eine bestimmte Zielgruppenorientierung die Auffindbarkeit von Informationen unterstützt wird. Es wird ferner überprüft, ob die Interessensgruppe Frau bzw. einzelne Gruppen von Frauen wie Mädchen, Lesben, Alleinerziehende etc. angesprochen werden.

Damit die Funktionsbereiche des Internetportals für Bürgerinnen und Bürger sinnvoll nutzbar sind, werden über die Zielgruppenorientierung hinaus differenzierte Such- und Navigationsfunktionen benötigt. Dabei geht es um die Auffindbarkeit von Angeboten mit Hilfe bestimmter Suchbegriffe. Zu prüfen ist hierbei, wie Themen in genderrelevanten Bereichen über Stich- oder Schlagworte auffindbar gemacht werden.

In diesem Bereich werden dementsprechend folgende Fragen gestellt.

- Werden Frauen als Zielgruppen angesprochen?
- Sind Themen zu typischen Frauenbelangen bzw. zu weiblich konnotierten Anliegen über die Verschlagwortung zu finden?

4.2 Weitgehendes Fehlen frauenpolitischer Angebote

Entsprechend obiger Aufteilung werden im Folgenden zunächst die Angebote bewertet, die sich mit Themen beschäftigen, für die sich primär Frauen interessieren. Als Beispiele wurden folgende Themen ausgewählt:

1. Informationen über frauenpolitische Organisationen und Institutionen, die sich für die Durchsetzung der Rechte von Frauen einsetzen sowie
2. Informationen und Angebote zum breiten Themenfeld „Gewalt gegen Frauen“.

Zunächst ist feststellbar, dass es keinen eigenen Bereich für Frauen- oder Gleichstellungspolitik auf der Eingangsseite gibt. Dies ist verwunderlich, da Frauen durchaus Bestandteil des Namens eines Ministeriums sind, nämlich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Doch aus dem Namen dieses Ministerium ist auf der ersten Seite zwar die „Familie“ zu finden und als Unterkategorien sind auch „Jugend“ und „Senioren“ sichtbar, nicht aber „Frauen“. Dies ist darüber hinaus deswegen ungewöhnlich, da das Thema Gleich-

stellung zwischen den Geschlechtern auf der Internetseite des BMFSFJ einen durchaus großen Platz einnimmt.

Bei der expliziten Suche nach dem Stichwort Frauenpolitik stößt man auf drei grundlegende Angebote des Dienstleistungsportals: erstens der Seite des BMFSFJ zum Konzept des Gender Mainstreaming, zweitens auf ein Internetportal für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, das vom BMFSFJ gefördert wird, und drittens auf die Informationsseiten des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit zum Gender Mainstreaming.

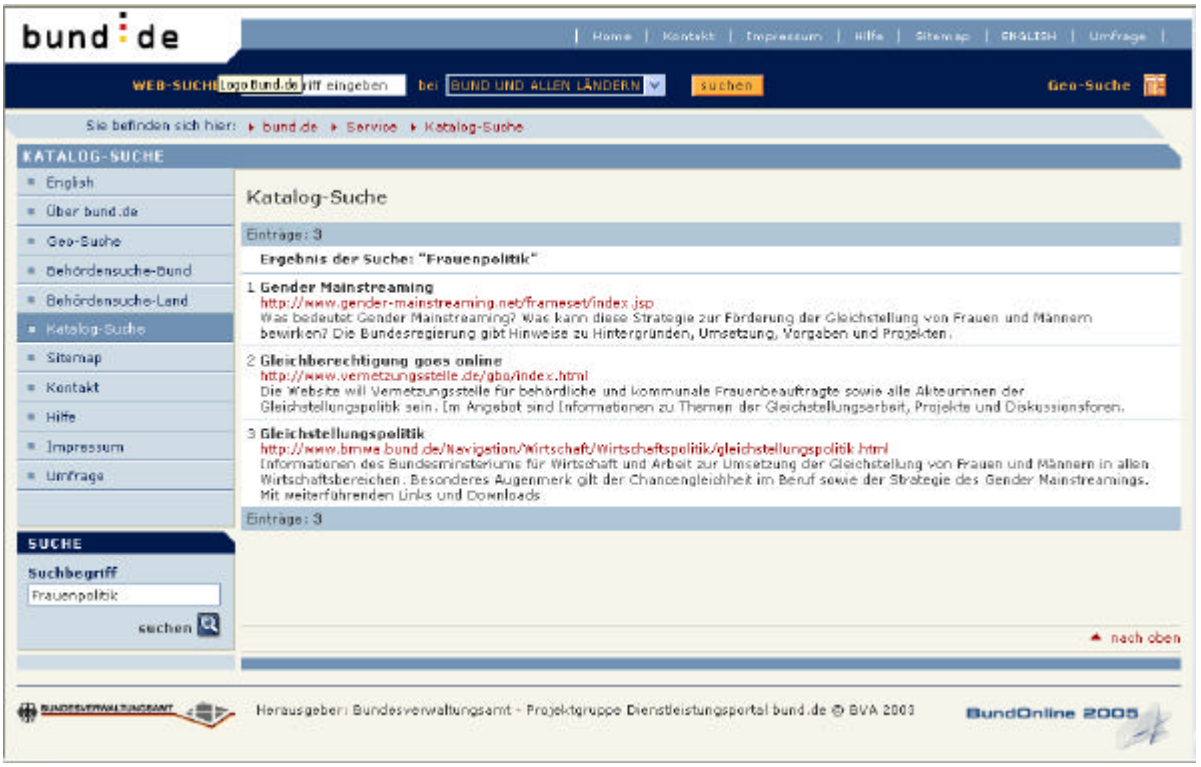

Abb. 3: Katalog-Suche zur Frauenpolitik auf www.bund.de

Die Suche nach weiteren Aktivitäten aus der bundesdeutschen Frauenpolitik – auch unter anderen Stichworten – führte nur zu einem zusätzlichen Ergebnis. Mit dem Stichwort Gleichstellungsbeauftragte ist eine Website zu finden, auf der sich alle Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an bundesdeutschen Hochschulen ersehen lassen. Hier fehlt dann aber wiederum die Website Gleichberechtigung-goes-online, welche die kommunalen und behördlichen Gleichstellungsbeauftragten vernetzt und die unter dem Stichwort Frauenpolitik zu finden ist. Damit lässt sich festhalten, dass die Gleichstellungsbeauftragten nur mit Hilfe verschiedener Stichworte zu finden sind, einmal unter „Frauenpolitik“ und einmal unter „Gleichstellungsbeauftragte“ und damit nicht sinnvoll verschlagwortet wurden.

Insgesamt erhält man den Eindruck, dass auf den Seiten des Bundesportals überproportional viel über das Konzept des Gender Mainstreaming informiert wird, aber die Umsetzung dieses Konzeptes, wozu auch eine eigenständige Frauenpolitik gehört, noch nicht weit vorangeschritten ist. Drei bzw. vier Suchergebnisse lassen nicht auf einen bedeutsamen Platz schließen, den Frauenpolitik in der Bundespolitik einnimmt. Etwas zugespitzt lässt sich der Schluss ziehen, dass Frauenpolitik bei gleichzeitig verbalem Verweis auf Gender Mainstreaming im Bundesportal beinahe vollständig „entsorgt“ wurde. Damit erhält Frauenpolitik keinen eigenen Raum. Das wird den Lebensrealitäten von Frauen nicht gerecht, die sich noch immer deutlich von männlichen Lebensrealitäten unterscheiden. Gerade um die Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen voranzutreiben, ist es wichtig,

zwischen Männern und Frauen voranzutreiben, ist es wichtig, frauenpolitische Aktivitäten aufzuzeigen und darüber an markanter Stelle umfassend zu informieren.

Ähnlich ernüchternde Ergebnisse ergab die Suche nach Informationen oder Interaktionsmöglichkeiten zu einem für Frauen relevanten Thema, das nach wie vor hoch brisant ist, nämlich die Gewalt gegen Frauen. Das Ergebnis der Suche nach „Gewalt“ und „Frauen“ wird an unten stehender Folie deutlich. Das BMFSFJ beschäftigt sich mit Rechtsextremismus, mit Missbrauch von Kindern sowie mit Gewalt im Fernsehen und damit verbundenen Ängsten von Kindern, alles sehr wichtige gesellschaftspolitische Themen, die allerdings nicht das Thema Gewalt gegen Frauen ersetzen können. Auch unter dem Stichwort Vergewaltigung finden sich wiederum zwei Einträge zum Thema sexueller Missbrauch an Kindern, nicht aber Informationen und Hilfestellungen zur Gewalt an Frauen.

Damit stellt sich die Frage, warum das Thema Gewalt gegen Frauen auf dem Bundesportal keinen Platz hat und bei der expliziten Suche nach diesem Thema auf inhaltlich deutlich andere Bereiche verwiesen wird. Dies ist deshalb besonders verwunderlich, da es auf den Seiten des BMFSFJ einige inhaltlich gute Informationen zum Themenbereich gibt, wie z.B. Informationen zum Gewaltschutzgesetz oder die Broschüre „Mehr Schutz bei häuslicher Gewalt“. Zumindest diese Informationen könnten und sollten in das Bundesportal integriert werden.

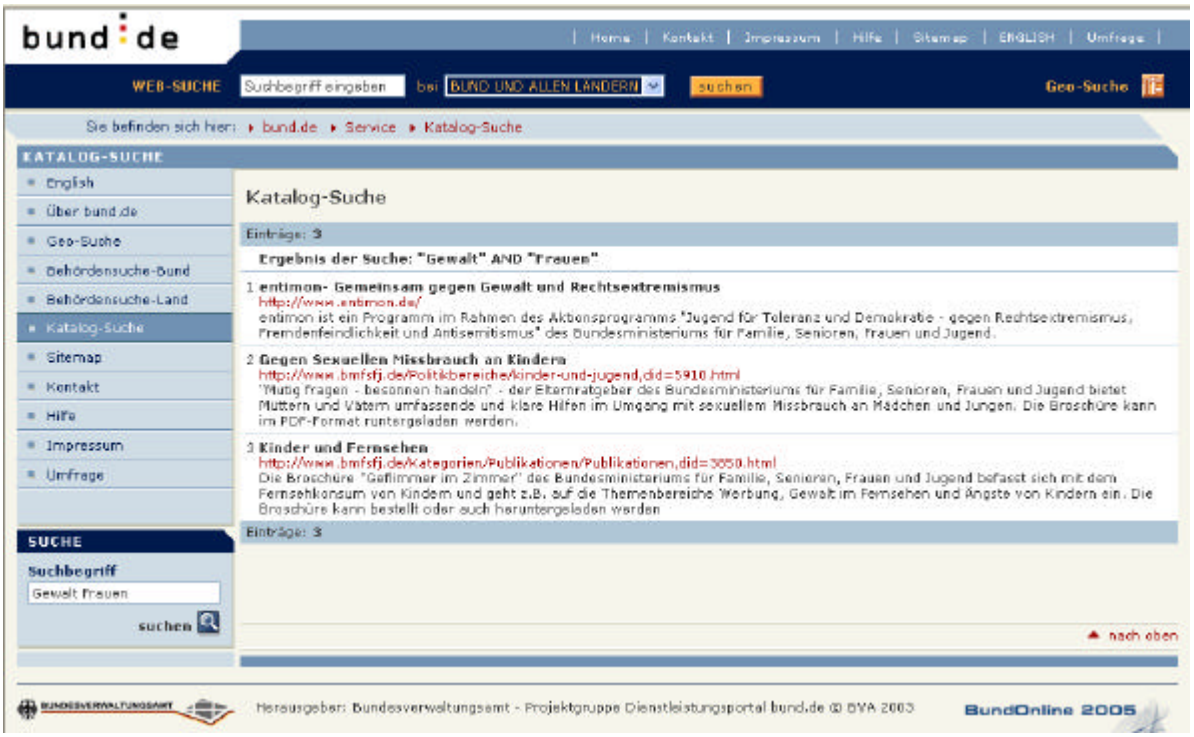

Abb. 4: Ergebnis der Katalogsuche zu „Gewalt“ und „Frauen“ unter www.bund.de

4.3 Gleichstellungsrelevante Angebote nur in einzelnen Bereichen

Im Weiteren werden Angebote in Bereichen untersucht, die für Frauen und Männer wichtig sind, in denen sich aber aufgrund der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung die Arbeits- und Lebensrealitäten zwischen Frauen und Männern noch deutlich unterscheiden.

Exemplarisch wurden die drei ersten Bereiche des Bundesportals unter die Lupe genommen:

1. Arbeit und Beruf
2. Bildung und Ausbildung

3. Familie und Partnerschaft

Diese Bereiche sind genderrelevant, da die Organisation des Bereichs Familie und Partnerschaft immer noch dafür verantwortlich ist, dass gesamtgesellschaftlich große Teile der unbezahlten Haus- und Sorgearbeit Frauen zugeordnet wird. Gleichzeitig und damit im Zusammenhang stehend existieren in den Bereichen Arbeit und Beruf sowie Bildung und Ausbildung nach wie vor geschlechtshierarchische Segregationen, und damit ist dort Gleichstellungspolitik im besonderen Maße erforderlich. Zur Förderung der Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern müsste in all diesen Bereichen auf unterschiedliche Ausgangssituationen und Anforderungen eingegangen werden.

4.3.1 Gleichstellung im Beruf als separate Rubrik

Der Bereich Arbeit und Beruf umfasst zehn Katalogeinträge und gliedert sich in zehn weitere thematische Bereiche, wovon die im Diagramm sichtbaren sechs näher beleuchtet wurden, da sie für Genderfragen relevant sind. Im Diagramm sind im Weiteren unter den Bereichen diejenigen Informationsangebote dargestellt, die explizit auf Frauen- bzw. Genderaspekte eingehen.

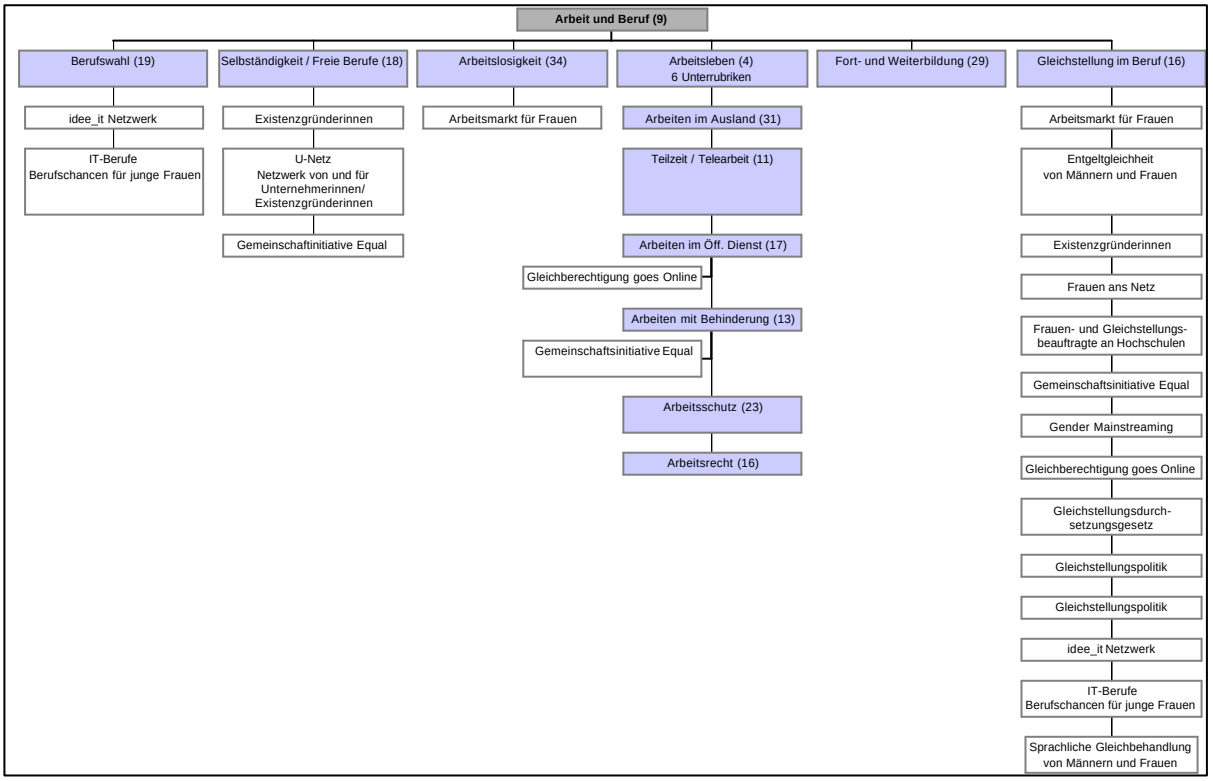

Abb. 5: Organigramm des Themenbereichs „Arbeit und Beruf“ mit gendersensitiven Angeboten (in Klammern die Anzahl der Katalogeinträge; Quelle: eigene Darstellung nach www.bund.de

<u>Gleichstellung im Beruf</u>

Dies ist der einzige Ort im gesamten Bundesportal, an dem die Gleichstellung der Geschlechter mit eigener Überschrift erscheint. In allen anderen Themengebieten fehlt das Thema Gleichstellung, was besonders deshalb nicht zu akzeptieren ist, da Gleichstellungspolitik – wie oben dargelegt – auch nicht als übergreifendes Thema aufgegriffen wird. Unter der Rubrik Gleichstellung im Beruf befindet sich jedoch auch ein Informationsblatt zum Behindertengleichstellungsgesetz. Dies gehört hier nicht hinein, zumal es unter Arbeitsleben eine eigene

Rubrik Arbeiten mit Behinderung gibt. Die anderen Themen unter dieser Rubrik beschäftigen sich allerdings nur mit Geschlechtergleichstellung.

Dort lassen sich dann in der Tat auch eine Vielzahl gleichstellungsrelevanter Informationen finden. Inhalte sind „Arbeitsmarkt für Frauen" – allerdings eine Broschüre der Bundesanstalt für Arbeit aus dem Jahr 2000 – , „Entgeltgleichheit von Frauen und Männern", aber auch „Existenzgründerinnen", „Frauen ans Netz", „Gleichberechtigung goes online", alles Informationsangebote, die sich gezielt an Frauen und Männer richten, für die Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern ein politisches Anliegen ist. Ein wenig willkürlich wirkt dabei die Aufnahme der Informationen zu „flexiblen Arbeitszeitmodellen"; zum einen sind sie leicht in der entsprechenden Rubrik (Teilzeit) zu finden, auf der anderen Seite hätte dann auch „Teilzeit-Info" genannt werden können.

Benachteiligungen von Frauen im Berufsalltag werden auf diese Weise deutlich und für alle Portalnutzer und -nutzerinnen sichtbar angesprochen. Allerdings werden manche dieser Informationen nur unter der Rubrik der Gleichstellung benannt , tauchen aber in dem entsprechenden Themenfeld nicht wieder auf.[44] Wenn sie noch in anderen Bereichen erwähnt werden, dann geschieht dies eher zufällig. Beispielsweise ist die Initiative Idee_it noch unter Berufswahl zu finden, nicht aber im Bereich Bildung und Ausbildung, obwohl es sich bei diesem Projekt sogar konkret um Ausbildungschancen in der IT-Branche für Mädchen und junge Frauen handelt. Der Arbeitsmarkt für Frauen ließe sich auch zusätzlich in einem anderen Bereich unterbringen, beispielsweise unter den Katalogeinträgen, die allgemein auf den Bereich Arbeit und Beruf hinweisen – dieser Eintrag findet sich aber erst wieder in der Rubrik Arbeitslosigkeit. Benachteiligungen von Frauen im Berufsalltag werden so unter einen bestimmten Topos gestellt und nicht in den allgemeinen politischen Raum übertragen. Im Sinne von Gender Mainstreaming und zur Förderung der Chancengleichheit ist es jedoch wichtig, ein bestimmtes Angebot, das auf die Benachteiligung von Frauen hinweist, sowohl im Bereich der Gleichstellung zu thematisieren als auch im dazugehörenden Themenfeld sichtbar zu machen.

Berufswahl

Unter dieser Rubrik werden ein vom BMFSFJ gefördertes Frauenprojekt, nämlich „Idee_it" und Informationen der Bundesanstalt für Arbeit zum Thema „IT-Berufe. Berufschancen für junge Frauen" aufgeführt. Letzteres ist ein Informationsblatt, das der Online-Broschüre der Seiten www.was-werden.de der Bundesanstalt für Arbeit entnommen ist. Es richtet sich explizit an Frauen. Es werden Informationen zu Ausbildungsberufen wie Fachinformatikerin oder Informationskauffrau weitergegeben und zwar explizit mit der Intention, den geringen Frauenanteil in diesen Zukunftstechnologien auszugleichen. Die konsequente Benutzung der weiblichen Sprachform wird allerdings nicht durchgehalten: unter der Überschrift „We want you!" wird der wachsende Bedarf an IT-Mitarbeitern thematisiert. Auf den Seiten von www.was-werden.de, die der Berufsberatung dienen, werden Gender-Aspekte auch in anderen Themenfeldern angesprochen. So gibt es dort unter dem Schwerpunktthema „Mädchen können alles werden" vielfältige Informationen zu verschiedenen Berufen.

Hingegen werden bei den neuen Ausbildungsberufen – auch ein Unterpunkt der Rubrik Berufswahl – Genderaspekte nicht explizit mitgedacht. Hier werden nur alle möglichen Ausbildungsberufe aufgelistet. Innerhalb der Informationsangebote zum Thema Berufswahl könnte auch die Praktikumsdatenbank für Frauen im Handwerk aufgenommen werden, die vom

[44] So ist z.B. nur an dieser Stelle die „Entgeltgleichheit von Frauen und Männer" zu finden; diese Website könnte zusätzlich auch unter der Rubrik Arbeitsleben stehen.

BMBF gefördert wird (www.ein-blick.com). Warum diese Datenbank nicht integriert wurde, bleibt unklar.

Für die Rubrik Berufswahl lässt sich zusammenfassend festhalten, dass vielversprechende Ansätze vorhanden sind, in denen z.B. auf Seiten und Broschüren des Berufswahl-Magazins verwiesen wird, in denen die unterschiedlichen Berufs- und Ausbildungswahlverhalten thematisiert werden und Mädchen Mut gemacht wird, „unkonventionelle" Berufe zu ergreifen. Zu bedauern ist, dass diese Integration nicht konsequent durchgehalten wird und andere Informationsangebote innerhalb dieser Rubrik wiederum keine Zielgruppenorientierung im Blick haben und Informationen ohne Beachtung der Genderaspekte bereitstellen.

Selbständigkeit / Freie Berufe

In der Rubrik Selbständigkeit / Freie Berufe werden zwei Frauennetzwerke aufgeführt, nämlich „Existenzgründerinnen" und „U-Netz". Auf den Seiten des BMWA, wohin drei der allgemeinen Informationsseiten zum Thema Existenzgründung verweisen, werden auch frauenspezifische Informationen angeboten. In der allgemeinen Auflistung der Gründernetzwerke auf dieser Seite werden auch Frauennetze geführt. Zudem gibt es den Infoletter Gründerzeiten auch zum Thema Existenzgründung von Frauen, in dem auf Unterrepräsentanz von Frauengründungen eingegangen wird.

Informationen für Frauen sind in der Rubrik Selbständigkeit / Freie Berufe eingegliedert, d.h. Gründerinnennetze werden gleichberechtigt neben Gründernetzen geführt. Darauf hinzuweisen, dass es durchaus eine Geschlechterproblematik im Bereich der Selbständigkeit gibt, wie z.B. eine Unterrepräsentanz von Frauengründungen, bleibt aber – mit Ausnahme des BMWA, das wie oben dargestellt in einem Extra-Bereich auf Frauen eingeht, – den Gründerinnennetzen überlassen. Auch wenn es zu begrüßen ist, dass Frauennetze in dieser Form aufgeführt sind, ist eine Handlungsperspektive für die Zukunft, auch in allgemeinen Informationsangeboten die Ungleichheiten zu benennen und aktiv Chancengleichheit zu fördern. Dies ist im Aktionsprogramm der Bundesregierung bereits sehr klar benannt, wenn dort steht, dass mit gezielten Struktur- und Qualifizierungsmaßnahmen ein gründerfreundliches Klima für Frauen geschaffen und entsprechende Angebote sichtbar gemacht werden sollen.[45]

Arbeitslosigkeit

Hier erscheint der Arbeitsmarktbericht zur Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt vom Jahr 2000 ein zweites Mal, obwohl dieser nur zu einem kleinen Teil auf Arbeitslosigkeit von Frauen eingeht; er stellt vielmehr einen übergreifenden Bericht über die Arbeitsmarkt-Situationen von Frauen dar. Dieser Bericht ist allerdings tatsächlich nur hier und unter Gleichstellung im Beruf zu finden. Inhaltlich ausgewogene Informationen lassen sich dagegen über die Seiten des Instituts für Arbeitsmarkts- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit finden. Hier ist sowohl in einzelnen Bereichen als auch unter der Rubrik Erwerbstätigkeit bei Frauen Gender Mainstreaming mitgedacht. In anderen Informationsangeboten beispielsweise zum Hartz-Konzept wird zwar auf ältere Arbeitnehmer eingegangen, Genderfragen werden aber nicht behandelt. Dies gilt auch für weitere Angebote, z.B. der Minijobzentrale, wo ebenfalls Genderaspekte nicht thematisiert werden. Doch gerade dieser Bereich wird

[45] Bundesregierung (Hg.): Aktionsprogramm Informationsgesellschaft 2006. Ein Masterplan für Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft, 2003, S.64
http://www.bmbf.de/pub/aktionsprogramm_informationsgesellschaft_2006.pdf

sehr stark durch die Kategorie Geschlecht geprägt, denn 70% der Minijobs werden von Frauen ausgeübt.[46]

Somit ist die Abbildung der Informationsangebote an dieser Stelle zweigeteilt. Zum einen lassen sich über die Seite der Arbeitsmarktforschung vielfältige und differenzierte Informationen finden, hingegen wird in Informationen zu neueren Konzepten und Bereichen wie z.B. Hartz oder Minijobs kein besonderes Augenmerk auf gleichstellungsrelevante Aspekte gelegt.

Arbeitsleben

Unter dieser Rubrik ist besonders der Bereich Teilzeit / Telearbeit relevant, da vor allem Teilzeit in der bundesdeutschen Realität weit überproportional von Frauen ausgeübt wird. Doch finden sich hier nur sehr allgemeine Informationen, die eher an einer männlich orientierten Normalarbeitsbiographie ausgerichtet sind. Nicht verstärkt eingegangen wird auf weiblich konnotierte Anliegen, wie z.B. Kinderbetreuung und Teilzeit oder spezielle Probleme bei Telearbeit und der Familienversorgung. Die Angebote zu Hartz und Minijobs stellen sich ähnlich genderblind wie in der Rubrik Arbeitslosigkeit dar.

Fort- und Weiterbildung

Diese Rubrik enthält die Datenbank IFOS-Bund, die zuständig ist für die Veröffentlichung, Buchung und Durchführung von Fortbildungsmaßnahmen der Bundesbehörden. In dieser kann gezielt nach Angeboten nur für Frauen gesucht werden, ebenso nach Angeboten zu Fragen der Gleichstellung. Hingegen lässt sich dies bei der Datenbank für Aus- und Weiterbildung der Bundesanstalt für Arbeit nicht durchführen. Im Informationsangebot „Good-Practice-Center – Förderung von Benachteiligten in der Berufsbildung“, das vom BMBF gefördert wird, gibt es sowohl im Schwerpunkt-Bereich als auch unter den Zielgruppen Mädchen und Frauen. Vielfältige Angebote thematisieren die unterschiedlichsten Aspekte der konkreten Gender-Forschung, so ist auch die geschlechtsspezifische Segmentierung des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes ein Thema.

[46] Bundesarbeitsgemeinschaft berufliche Perspektiven für Frauen, Deutscher Juristinnenbund, DGB (2003): Gemeinsames Positionspapier. Geschlechtergerechte Arbeitsmarktreformen? Zu den frauenpolitischen Forderungen für das Vermittlungsverfahren von Hartz III und IV, S.3, http://doku.iab.de/chronik/2x/2003_11_26_20_frauenundhartz.pdf

4.3.2 Gendersensitive Bildungsangebote erst auf den zweiten Blick

Der Bereich Bildung und Ausbildung besteht aus acht Unterkategorien bzw. Rubriken, von denen die im Diagramm enthaltenen vier Rubriken näher untersucht werden sollen.

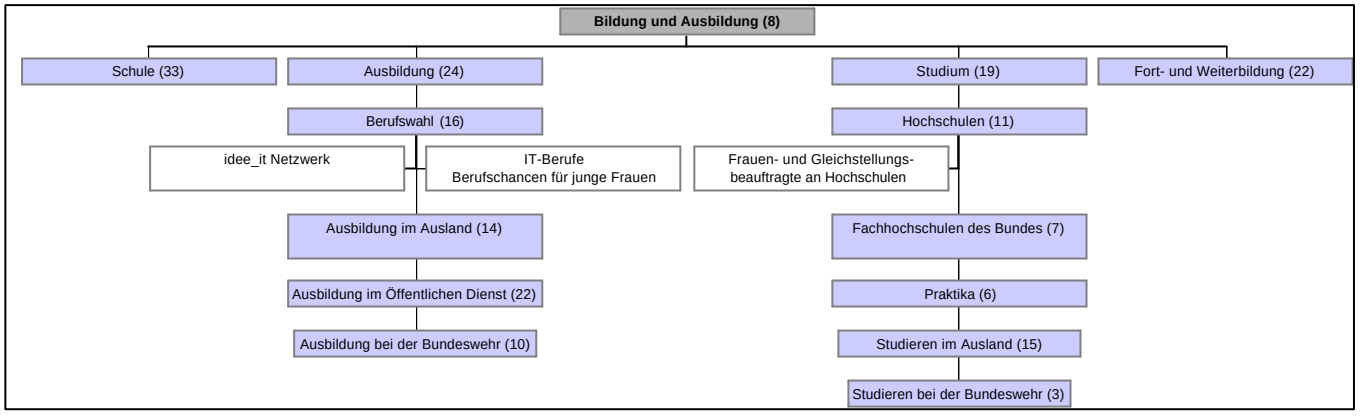

Abb. 6: Organigramm des Themenbereichs „Bildung und Ausbildung“ mit gendersensitiven Angeboten (in Klammern Anzahl der Katalogeinträge); Quelle: eigene Darstellung nach www.bund.de

Auch dieser Bereich soll unter der Fragestellung analysiert werden, inwieweit bei der Realisierung des Angebots Gleichstellungsaspekte mitgedacht wurden und die noch bestehenden Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern thematisiert werden. Geschlecht als Strukturkategorie durchzieht im Bildungsbereich verschiedene Ebenen. Sowohl auf der Ebene der Lehrenden als auch der SchülerInnen und Studierenden gibt es geschlechtsspezifische Unterschiede. So ist z.B. der Frauenanteil bei Lehrenden in höheren Schulformen oder Universitäten geringer, wie auch deren Anteil bei hoch qualifizierten Abschlüssen wie Promotionen oder Habilitationen. Dieses Ungleichgewicht ist trotz eines überproportional hohen Anteils an Abiturientinnen und Studienanfängerinnen nach wie vor vorhanden.[47] Gleichzeitig sind im Grundschulbereich primär Frauen als Lehrende tätig, was in letzter Zeit häufig in den Auswirkungen für die Erziehung von Jungen problematisiert wurde.

Schule

In der Rubrik Schule befinden sich viele Katalogeinträge rund um das Thema Schule. Auf der ersten Seite finden sich zunächst nicht weiter differenzierte Informationsangebote, in denen teilweise nach Zielgruppen, wie SchülerInnen, LehrerInnen oder Behörden unterschieden wird. Gleichstellungsrelevante Themen werden hier nicht angesprochen. Auch finden sich dort so qualitativ hochwertige Angebote für Schülerinnen, wie das vom BMFSFJ geförderte Projekt Lizzynet ebenso wenig wie das Projekt Leanet, welches sich an Lehrerinnen richtet.

Leanet findet sich dann – wie andere gleichstellungsrelevante Angebote auch – auf den Seiten des Bildungsservers über den Katalogeintrag zu Unterrichtsmaterialien. Auf dem Bildungsserver lassen sich, vorausgesetzt es wird mit den passenden Stichwörtern gesucht, viele Angebote von Institutionen, Schulen und privaten Vereinen zum Thema Gleichstellung und Förderung von Mädchen in unterrepräsentierten Bereichen finden. Im Projekt Bildung Plus hingegen wird nur sehr unsystematisch nach Zielgruppen unterschieden. Hier gibt es einen

[47] Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (Hg.): GEW-Gender-Report 2003. Daten zur Entwicklung in Bildung und Wissenschaft, 2003, S.8f., http://www.gew.de/netkey_projekte/netzwerke/frauenpolitik//file_uploads/gew-gender-report2003.pdf

Schwerpunkt für Kinder mit Migrationshintergrund. Allerdings ist dies die einzige Zielgruppe, die explizit angesprochen wird, Angebote für Mädchen finden sich hier nicht.

In der Rubrik Schule lassen sich also durchaus Informationen über Geschlechtssegregationen im Bildungsbereich finden. Allerdings sind diese nicht direkt zu finden, die Nutzer und Nutzerinnen des Bundesportals müssen sich vertieft mit den einzelnen Verweisen beschäftigen. Dieser verdeckte Suchweg wird den teilweise qualitativ hochwertigen Projekten nicht gerecht.

Ausbildung:

Die Katalogeinträge setzen sich ebenso wie die weiteren Unterkategorien (Berufswahl, Ausbildung im Ausland, Ausbildung im Öffentlichen Dienst und Ausbildung bei der Bundeswehr) zunächst aus geschlechtsunspezifischen Angeboten zusammen. Wenn man über die Links weiter in die inhaltlichen Angebote hineinschaut, lassen sich auch hier wieder Seiten finden, die auf Benachteiligungen eingehen, wie z.B. der bereits erwähnte Bildungsserver.

Auf der ersten Seite finden sich allerdings keine Themen, die mit Ausbildung und Gender Mainstreaming zusammenhängen. Selbst die von Bundesministerien geförderten Projekte werden nicht erwähnt (z.B. Idee_it, Girlsday), obwohl es gerade bei diesen Projekten um die Gewinnung von Mädchen für (informations-)technische Ausbildungsberufe geht. Eigentlich wäre unter der Rubrik Ausbildung der ideale Platz für diese Projekte. Ebenso fehlt das vom BMBF geförderte Projekt Joblab. Ziel dieses Projektes ist es, das Berufswahlspektrum von Mädchen auszuweiten. Auch dort wird der Mangel an weiblichen Fachkräften im Informatikbereich thematisiert. Dieses Projekt findet sich zwar über die Rubrik Digital Divide unter e-Government, hat aber eigentlich konkret das Ausbildungsverhalten von Mädchen zum Thema.

So wird in der Rubrik Ausbildung nicht direkt auf geschlechtersensitive Themen eingegangen, obwohl die einzelnen Bundesministerien durchaus Informationsmaterial auf ihren Internetseiten zur Verfügung stellen. Neben den oben genannten Projekten könnte dies auch der Bericht der Bund-Länder-Kommission über die Verbesserung der Chancen von Frauen in Ausbildung und Beruf sein, der auf den Seiten des BMBF zu finden ist. Hier ist also zu fragen, warum eine Internetseite, die sich als zentrales Dienstleistungsportal des Bundes versteht, nur eine bestimmte Auswahl an Informationen weitergibt und andere gendersensitive, qualitativ hochwertige Websites ausspart.

Gerade im Bereich Ausbildung wie auch schon im vorangegangenen Bereich Schule würde es sich geradezu anbieten, Zielgruppen anzusprechen. Denn solange die Informationsangebote in großen Teilen sehr speziell sind – wie Altenpflegeausbildung, Gesundheitsberufe und Wohnheim für Auszubildende, um nur einige zu nennen – ist damit auch eine implizite Ansprache vorgegeben.

Studium

In den einzelnen Verweisen, z.B. auf das Berufswahl-Magazin, werden Geschlechtsproblematiken thematisiert. Allerdings hat auch hier, wie in den vorangegangenen Angeboten, die Geschlechtsproblematik auf den ersten Seiten keinen Stellenwert. Dies ist deswegen besonders verwunderlich, da es zahlreiche Angebote des Bundes gibt, welche die Geschlechterdifferenz problematisieren und damit hier auch ihren Platz finden könnten, z.B. Frauen in Studium und Hochschule, zu finden auf den Seiten des BMBF, mit Angeboten wie Femtec.network und Muffin21. Diese Angebote haben die Förderung und Vernetzung von Studentinnen und Berufstätigen im Blick, um damit die Unterrepräsentanz von Frauen in bestimmten Berufsgruppen abzubauen.

Fort- und Weiterbildung

Die Katalogeinträge umfassen unterschiedliche Weiterbildungsangebote, hauptsächlich die des Bundes. Sie richten sich auf einen nicht weiter differenzierten Nutzenden. Hier besteht keine Möglichkeit, speziell für Frauen angebotene Weiterbildungsmöglichkeiten zu finden. Die Angebote sind die gleichen wie unter Fort- und Weiterbildung im Bereich Arbeit und Beruf, allerdings wurden ein paar Angebote wie z.B. IFOS-Bund, das die Weiterbildungsangebote des Bundes anbietet, herausgenommen.

4.3.3 Genderbewusste Angebote und große Informationslücken im Familienbereich

Im Bereich Familie und Partnerschaft befinden sich neben den Katalogeinträgen acht weitere Themenbereiche. Abbildung 7 soll veranschaulichen, welche der unter diesem Bereich subsumierten Rubriken genauer untersucht wurden und wie diese auf der Internetseite des Bundes geordnet sind.

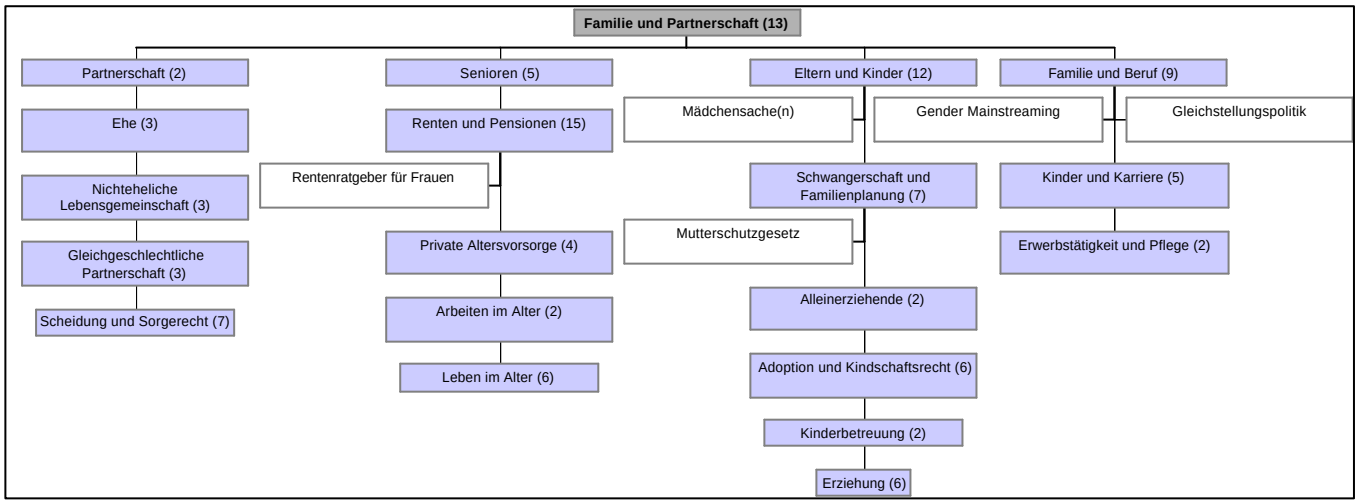

Abb. 7: Organigramm des Themenbereichs „Familie und Partnerschaft“ mit gendersensitiven Angeboten (in Klammern Anzahl der Katalogeinträge); Quelle: eigene Darstellung nach www.bund.de

Die Katalogeinträge erstrecken sich in alphabetischer Reihenfolge über verschiedene Themen, die z.T. auf sehr allgemeine Informationen (so z.B. Agenda 2010) verweisen. Unsinnig wird dies dort, wo wie im Beispiel der Agenda 2010 nicht auf die entsprechenden Bereiche, die konkret mit Familie und Partnerschaft zu tun haben, verlinkt wird, sondern allgemein auf den Beginn der Agenda 2010.

Auf der ersten Seite werden keine Inhalte angesprochen, die sich gezielt an bestimmte gesellschaftliche Gruppen richten. Erst in den dahinterliegenden Seiten, wie in dem vom BMFSFJ geförderte Familienhandbuch, gibt es Informationen über Mütter- und Väterbilder bei der Erziehung, Rückkehr in den Beruf, etc.

Partnerschaft

In dieser Rubrik sind verschiedene Paarbeziehungen gleichberechtigt nebeneinander gestellt – eheliche und nichteheliche sowie gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften. Damit stehen unterschiedliche Lebensformen ohne Auf- oder Abwertung nebeneinander. Die Informationen sind allerdings recht allgemein gehalten.

Senioren

Dieser Bereich ist relativ geschlechterbewusst gestaltet. Hier findet sich auf der ersten Seite ein Rentenratgeber für Frauen, zudem gibt es in anderen Bereichen wie bei den Informationsseiten der Neuen Rente – eine Seite des BMGS – einen gesonderten Bereich zum Thema Frauen und Rente.

Eltern und Kinder

Inhaltlich werden bei den Katalogeinträgen ganz unterschiedliche Dinge auf eine Ebene gestellt, z.B. der Ferienkalender für Deutschland und Informationen zu sexuellem Missbrauch an Kindern. Die alphabetische Sortierung führt auch dazu, dass Punkt 1, ein Aktionsplan zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung, weit entfernt von Punkt 7 steht, ebenfalls ein Informationsblatt gegen sexuellen Missbrauch an Kindern.

Ansonsten findet sich hier eine gute Broschüre der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, die sich gezielt an Mädchen richtet. Im weiteren Katalogeintrag „Bundeserziehungsgeldgesetz" wird ausdrücklich erwähnt, dass mit diesem Gesetz sowohl Frauen als auch Männern die Elternteilzeit ermöglicht werden soll. Explizit wird dabei die Zielsetzung benannt, dass auch Frauen bessere Möglichkeiten erhalten sollen, den Kontakt zum Beruf aufrecht zu erhalten. Im Kontext einer gendersensitiven Analyse ist inhaltlich interessant, dass sich an dieser Stelle auch die Ergebnisse einer Studie zu Lebensläufen und Familienplanung von Männern finden lassen.

Schwangerschaft und Familienplanung

Hier werden beim Mutterschutzgesetz Frauen als Zielgruppe angesprochen, beim Thema Rauchen werden Frauen und Männer gleichermaßen benannt, denn hier ist die Sprache von „frischgebackenen Müttern und Vätern".

Alleinerziehende

Hier finden sich zwei Katalogeinträge: „Allein erziehend" und „Unterhaltsvorschuss". Beide Einträge sind Verweise auf Informationen des BMFSFJ. Im ersten Fall lässt sich eine Broschüre des „Bundesverbands alleinerziehender Mütter und Väter e.V." herunterladen, im zweiten Fall eine Broschüre des BMFSFJ. Die Broschüren richten sich sowohl an alleinerziehende Väter als auch Mütter. Die Broschüre „Allein erziehend" bietet Informationen u.a. zu Sorgerecht, Unterhalt und Beratungsmöglichkeiten und ist damit eine umfassende Informationsquelle, deutlich umfangreicher als die Broschüre des BMFSFJ. Erstaunlicherweise wird in der Broschüre des BMFSFJ auf die Problematik, dass ein großer Teil der Alleinerziehenden von Frauen gestellt wird, was auch unterschiedliche Bedürfnisse und Belange nach sich zieht, nicht eingegangen. Allerdings gibt es Hinweise auf eine Broschüre für Berufsrückkehrerinnen

Kinderbetreuung

Unter dieser Rubrik finden sich zwei Katalogeinträge: „betrieblich unterstützte Kinderbetreuung" und „Einnahmeeffekte beim Ausbau von Kindertagesbetreuung". Gänzlich fehlen also Informationen für Eltern, denn diese beiden Informationsseiten richten sich an Behörden, Betriebe und kommunale Träger. Damit sind die Informationen zur Kinderbetreuung für Eltern gänzlich unbefriedigend. Unverständlich ist auch, warum hier nicht andere, durchaus informative Seiten des BMFSFJ aufgeführt sind. Zum Beispiel gibt es zum Thema Tagesbetreuung von Kindern eine Rubrik „Frequently Ask Questions", die Antworten auf viele relevante Fragen zum Thema Kinderbetreuung liefert.

Im Bereich der Kinderbetreuung wäre es darüber hinaus notwendig, die behördliche oder institutionelle Fokussierung von eGovernment zu durchbrechen. Denn gerade im Bereich der

Kindertagesstätten, die sich zu einem Teil in privater Trägerschaft befinden, ist es naheliegend und für die NutzerInnen sinnvoll, diese einzubeziehen.

Familie und Beruf

Die neun Katalogeinträge dieses Bereiches umfassen auch Verweise auf Websites zu Gender Mainstreaming und Gleichstellungspolitik. Inhaltlich sinnvoll sind auch Informationen zur Teilzeitarbeit, da diese gerade bei einer Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein wichtiges Thema darstellen.

Die alphabetische Sortierung bedeutet, dass „Gleichstellungspolitik" nach „Gesetzlichen Feiertagen" aufgeführt ist und damit in einer Reihenfolge mit Dingen steht, die nicht der gleichen gesellschaftlichen Komplexität entsprechen bzw. auch nicht für die Konstruktion gesellschaftlicher Entwicklung mitbestimmend sind.

Kinder und Karriere

Hier finden sich Informationen zu Teilzeit, geringfügiger Beschäftigung und Rückkehr in den Beruf. Dies sind interessante Informationen insbesondere für Frauen – der überwiegender Anteil der Informationsangebote beschäftigt sich allerdings in finanziell benachteiligten Arbeitsformen. Die Broschüre Rückkehr in den Beruf richtet sich explizit an Frauen, die nach der Kinderpause wieder in einen Beruf einsteigen wollen. Auch werden mit den Bereichen Minijob, geringfügige Beschäftigung und Teilzeit eher Frauen angesprochen, die in diesem Bereich noch immer die Mehrheit der Nachfragenden stellen, im Prinzip wird dadurch aber gerade auch unter der Überschrift „Kinder und Karriere" der Schwerpunkt nicht auf eine konventionelle Berufs-„karriere" gelegt.

Erwerbstätigkeit und Pflege

Ein Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern innerhalb dieser Thematik ist die Suche nach Informationen über die Unterstützung von pflegebedürftigen Angehörigen. Um Pflege und Betreuung von Familienangehörigen kümmern sich in unserer Gesellschaft vorwiegend Frauen. Da die häusliche Pflege nach den neuen Plänen der Bundesregierung aufgewertet werden soll, könnten unter diesem Punkt umfassende Hilfestellungen erwartet werden. Das Angebot im Bereich Pflege ist allerdings unbefriedigend; es gibt nur zwei Einträge: der Gehaltsrechner für Teilzeitarbeit und Informationen zu Erziehungszeiten bei der Rentenberechnung. So werden noch nicht einmal elementare Informationen zum Thema geboten, geschweige denn umfassendere Angebote. Auch würden unter diesen Bereich differenziertere Informationen zum Thema Rente fallen, also nicht nur die Anrechnung von Erziehungszeiten, sondern beispielsweise auch Rentenberechnung bei Hausfrauentätigkeiten.

4.4 Unübersichtliche Navigationsfunktionen ohne Zielgruppenorientierung

Die einzelnen Dienstleistungsangebote für Bürgerinnen und Bürger sind über die Hauptthemenbereiche bzw. Hauptkategorien zu erschließen. Die Hauptkategorien beinhalten direkte Katalogeinträge und gleichzeitig Unterkategorien bzw. Rubriken. Diese Rubriken können wiederum Katalogeinträge beinhalten und weisen teilweise noch eine weitere Untergliederung auf. Damit haben es die Nutzer und Nutzerinnen mit einer hierarchischen Navigation über drei Ebenen zu tun. Diese ist software-ergonomisch übersichtlich angelegt, da den Nutzenden angezeigt wird, wo sie sich befinden.

Inhaltlich ist allerdings die Navigation stark aus Anbietersicht gedacht. Die Themenbereiche entsprechen mit leichten Abänderungen den einzelnen Ressorts der Ministerien. Damit ist es sehr schwierig bis teilweise unmöglich, ein Querschnittsgebiet wie Angebote zur Gleichstellung der Geschlechter über die Navigationsstruktur zu finden.

Die alphabetische Sortierung der Katalogeinträge führt dazu, dass Themen mit unterschiedlicher Gewichtung hintereinander stehen. Zudem ist es schwierig, ein dem Bedürfnis entsprechendes Angebot zu finden, wenn die Informationsnachfrage nicht genau benannt werden kann. Auch führt dies dazu, dass Informationen zum gleichen Thema, die mit einem anderen Buchstaben im Titel beginnen, nicht hintereinander zu finden sind.

Bei komplexeren Themen wie der Agenda 2010, die in allen der untersuchten Politikfelder an der ersten Stelle der Katalogeinträge auftaucht, verweist der Link immer nur auf die gesamte Agenda, egal ob er im Bereich Arbeit und Beruf oder Familie und Partnerschaft auftaucht. Mit Hyperlinks wäre es hier auch möglich, gleich auf die entsprechenden Seiten des jeweiligen Themenbereichs zu verweisen.

Leider gibt es über die Themenbereiche hinaus keine weitere Navigationsstruktur. Es werden explizit keinerlei Zielgruppen angesprochen. Eine Verstärkung der Nutzerorientierung wird im Umsetzungsplan für die Zukunft versprochen. In den anstehenden Ausbaustufen 2 und 3 sollen durch einen „elektronischen Geschäftsverteilungsplan" in Stufe 2 und „Lebenslagen" in Stufe 3 die Nutzungsmöglichkeiten des Bundesportals erweitert werden.[48]

Für die weiblichen Zielgruppen mit ihren unterschiedlichsten Arbeits- und Lebensbedingungen könnte ein genderbewusstes Lebenslagen-Konzept neue und qualitativ hochwertige Erschließungsmöglichkeiten eröffnen. Allerdings müssten dazu auch explizit und bewusst einzelne Zielgruppen wie u.a. Mädchen, Migrantinnen, Hausfrauen in ihrer Unterschiedlichkeit in den Blick genommen werden. Bisher ist dies nicht der Fall. In aller Regel werden explizit keine Zielgruppen angesprochen. Dies wurde weiter oben in den drei untersuchten Bereichen „Arbeit und Beruf", „Bildung und Ausbildung" und „Familie und Partnerschaft" überprüft.

4.5 Suchsystem ohne gendersensitiven Thesaurus

Wenn es keine Ansprache von Zielgruppen gibt und das Navigationssystem zumindest für ein Querschnittsthema, wie es Gleichstellungsfragen sind, inhaltlich unübersichtlich ist, bleibt als letzte Möglichkeit nur eine durchdachte Suchfunktion. Diese Suchfunktion heißt im Bundesportal Katalogsuche.

Entscheidend ist bei dieser Form der Suche die Qualität des hinterlegten Thesaurus, d.h. ein den Themen angepasstes Schlagwortsystem. Damit könnten dann NutzerInnen über vielfältige Schlagworte und Synonyme Themen zu einem bestimmten Bereich ausfindig machen. Da kein Schlagwortindex angeboten wird, kann von außen nicht bestimmt werden, ob der Thesaurus gendersensitiv aufgebaut ist. Die Brauchbarkeit lässt sich also nur anhand unterschiedlicher Stichproben untersuchen. Die Testergebnisse werden im Folgenden aufgeführt:

1. Beispiel: Frauen

Bei der Suche nach dem Schlagwort „Frauen" erhält man 43 Einträge, davon 29 Einträge, die nur auftauchen, weil die Anbieterin das BMFSFJ ist, so z.B. Kriegsdienstverweigerungsrecht, was nun absolut nichts mit Frauen zu tun hat. Der Rest verteilt sich auf unterschiedliche Angebote, auch auf von Bundesministerien geförderte Projekte, wie u.a. Lizzynet. Damit wird deutlich, dass sich niemand die Mühe gemacht hat, die Angebote sinnvoll zu verschlagworten.

2. Beispiel: Gleichstellung

Mit diesem Suchwort finden sich neun Angebote, die die Gleichstellung von Behinderten betreffen und sechs Angebote, die Geschlechtergleichstellung zum Thema haben.

---

[48] vgl. BundOnline 2005, Umsetzungsplan 2001…., S.15

Die Seiten im Bereich Geschlechtergleichstellung erstrecken sich über Hinweise auf den Internetauftritt des BMFSFJ, eine Liste der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an den Hochschulen, Informationen zu Gender Mainstreaming und zum Gleichstellungsdurchsetzungsgesetz bis zu einer Seite des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit zur Gleichstellungspolitik.

Diese Seiten passen durchaus zusammen, nur stehen sie im bunten Wechsel zu den behinderten Gleichstellungsthemen. Seit Jahren ist diese Benennung von Geschlechter- und Behindertengleichstellung im gleichen Atemzug eine Kritik der Frauenbewegung. Anstatt dieses Problem mit einem vernünftigen Einsatz von Informationstechnik zu lösen, was technisch leicht umzusetzen ist, wurde es reproduziert.

3. Beispiel: Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte

Unter dem Begriff „Frauenbeauftragte" findet sich das bundesweite Internetportal „Gleichberechtigung goes online" für kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, nicht aber die Seite der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen. Unter „Gleichstellungsbeauftragte" ist es gerade andersherum. Mit diesem Begriff ist zwar die Seite der Hochschulfrauen und -gleichstellungsbeauftragten, nicht aber das Internetportal für die kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten zu finden. Das bedeutet, dass eine Nutzerin zwei verschiedene Suchbegriffe benötigt, um zwei Links zu erhalten, die thematisch ganz nah beieinander liegen. Da es keinen Zugang für frauenpolitisch Interessierte gibt und keinen Zugang über das Themenfeld Frauen- und Gleichstellungspolitik sind die Angebote nur schwer auffindbar.

4. Beispiel: Mütter oder Väter

Sowohl unter dem Begriff „Mütter" als auch unter dem Begriff „Väter" sind dieselben drei Einträge zu finden. Zwei davon sind Ratgeber zum Rauchen für werdende Eltern sowie Eltern mit Kindern. Ansonsten werden Mütter und Väter sinnvollerweise beide als Alleinerziehend angesprochen.

Die gesonderte Ansprache von Müttern lässt sich finden, wenn man sich auf der Online-Werbekampagne zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf umschaut, die auf der Einstiegsseite des Portals geschaltet ist. Hier ist die Ansprache explizit an Mütter gerichtet: „Karriere und Kinderwunsch lassen sich vereinbaren. Der Bund bietet im Internet Informationen, die Müttern mehr Spielräume und Impulse für die Balance von familiären und beruflichen Aufgaben geben." Damit werden die Probleme, die bei einer Vereinbarkeit von Familie und Beruf entstehen können, einseitig auf Frauen festgeschrieben.

5. Beispiel: Geschlecht

Zu finden sind drei Links: Erstens ein Link auf die Informationsseite zum Gender Mainstreaming, zweitens wiederum ein Link zur Information über Gleichstellungspolitik beim BMWA und drittens ein Link zur Kriminalstatistik 2003, weil dort darauf hingewiesen wird, dass die Statistik auch nach Geschlecht ausgewertet ist. Darin drückt sich keine Systematik aus, sondern ein willkürliches Sammelsurium. Zu fragen ist darüber hinaus, ob alle anderen Statistiken das Geschlecht nicht erfassen, denn ansonsten müssten sie an diesem Ort ebenfalls erscheinen.

6. Beispiel: Frauenpolitik

Dort finden sich wiederum die drei Seiten zum Gender Mainstreaming. Interessant an diesem Ergebnis ist, dass Gender Mainstreaming eindeutig Frauenpolitik zugeordnet wurde, nachdem oben bereits als ein Ergebnis festgestellt wurde, dass eine eigenständige Frauenpolitik ansons-

ten nicht mehr zu existieren scheint. Diese Seiten zum Gender Mainstreaming sind unter dem Stichwort Männerpolitik nicht zu finden!

7. Beispiel: Gender

Mit diesem Suchbegriff lassen sich acht Einträge finden. Darunter allgemeine Informationen zu Gender Mainstreaming, Gleichstellungspolitik, aber auch Informationen zum Arbeitsmarkt für Frauen, die Listen der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten und IT-Netzwerke.

Mit diesem englischen Begriff findet man nun also die meisten Einträge im Bereich der Frauen- und Geschlechterpolitik. Warum dies so ist und sein soll, entzieht sich jeglicher Interpretation. Übrig bleibt der Eindruck der Willkür.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Suchfunktion nur mit den „richtigen" Stichworten zum Ergebnis führt und ohne oder nur mit wenigen Synonymen realisiert wurde, so dass die Suche nicht nur bei Genderfragen häufig zu keinem Erfolg führt, obwohl zum Thema durchaus Angebote vorhanden sind.

5 Vergleich mit anderen Ländern und deutschen Bundesländern

Innerhalb dieses Analyserahmens, der nach gendersensitiven Angeboten fragt und ein besonderes Augenmerk auf Informationen für breit gefächerte Frauen-Zielgruppen hat, soll ein Vergleich mit anderen Ländern und deutschen Bundesländern gezogen werden. Deswegen werden im Folgenden vier eGovernment-Portale kurz beschrieben: ein Portal mit einem mehr an Lebenslagen orientierten Ansatz (Großbritannien) und ein Portal, das Themen mit Zielgruppen verbindet (Kanada) sowie zwei Portale, die einen gesonderten Bereich für Frauen anbieten (Sachsen-Anhalt und Bremen).

5.1 Ansprache anhand von Lebenslagen in Großbritannien

Die Einstiegsseite Großbritanniens (www.uk-online.gov.uk) gliedert sich in der oberen Leiste u.a. in einen Bürgerbereich (CitizenSpace), in Lebenslagen (Your life) und in Transaktionen (Do it online).

Innerhalb der Rubrik Your life (vgl. Abb. 8) finden sich zeitlich abgrenzbare Lebenslagen wie Umzug, Schulanfang etc. Ein besonders für Frauen relevanter Bereich ist dabei die Rubrik Kinder (Having a baby). Durch die Einteilung in Lebenslagen wird die Suche nach einem speziellen Angebot erleichtert. Portal-BesucherInnen müssen sich nicht erst durch ressortähnlich aufgebaute Seiten wühlen, sondern könnten konkret mit einem Anliegen nach den entsprechenden Angeboten suchen.

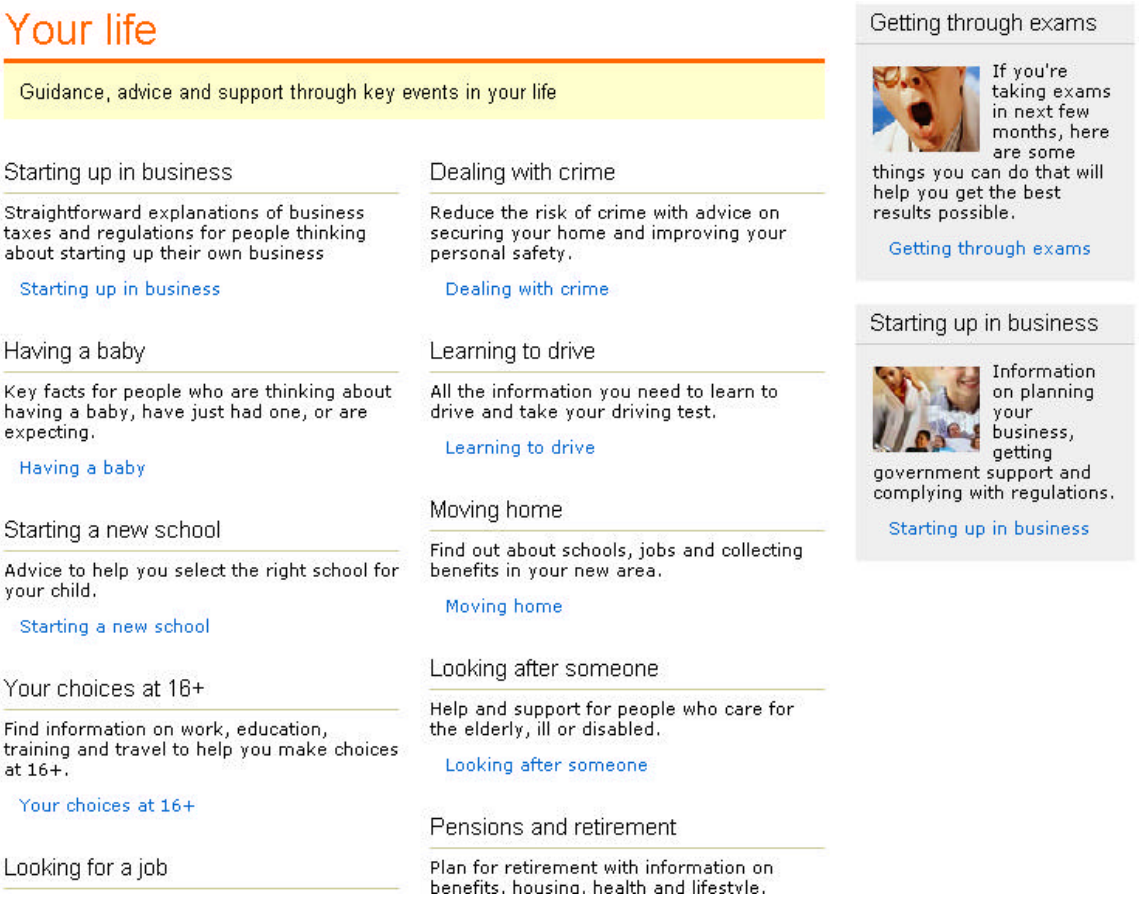

Abb. 8: Rubrik Your life unter http://www.uk-online.gov.uk/YourLife/YourLife/fs/en

Unter der Rubrik „Having a baby“ (Abb. 9) findet sich eine Auflistung weiterer Themen, die in diesem Bereich nachgefragt werden können. Hier geht es sowohl um Gesundheitsthemen während der Schwangerschaft und um die Pflege von Kindern, aber auch um Themen, die sich mit der Vereinbarkeit von Beruf und Kindern beschäftigen. Diese Themen finden sich unter „Working arrangement“, wo sich Angebote für Alleinerziehende, Fragen nach Erziehungsurlaub und Informationsseiten für rechtliche Hilfe finden lassen.

Bei einer stichprobenhaften Untersuchung anderer Bereiche wie Rente oder Jobsuche waren allerdings gendersensitive Angebote nicht zu finden. So soll – ohne das gesamte Portal zu kennen – bei den Seiten Großbritanniens nur das Konzept der Lebenslagen herausgestellt werden, das zumindest im Bereich Kinder sinnvoll erscheint.

Erwähnenswert beim eGovernment-Angebot Großbritanniens ist zudem, dass die Perspektive der Nutzerinnen und Nutzer einbezogen wird. Regelmäßig wird man beim Aufrufen der Startseite durch ein Pop-up-Fenster gebeten, kurz einen Fragebogen auszufüllen. Dort wird zum einen der demografische Hintergrund abgefragt und zum anderen das konkrete Nutzungsverhalten auf den Regierungsseiten.

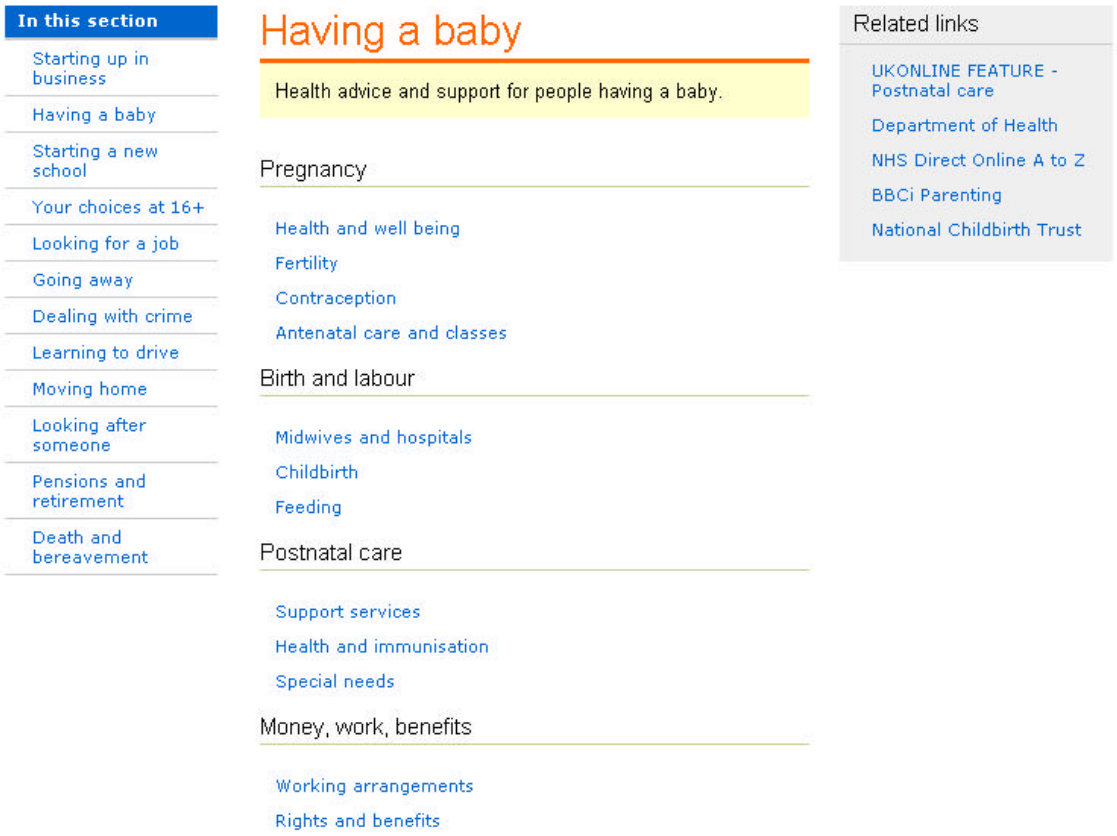

Abb. 9: Rubrik Having a baby, http://www.uk-online.gov.uk/YourLife/YourLifeEvent/fs/en?CONTENT_ID=4000000&chk=a%2B69yY

5.2 Zugang über Themen und Zielgruppen in Kanada

Auf der Einstiegsseite von Kanada (www.canada.gc.ca) gibt es gesonderte Zugänge für KanadierInnen, Nicht-KanadierInnen und Wirtschaft. Die Seite für KanadierInnen ist zweigeteilt und gliedert sich in Themen (Subjects) und Zielgruppen (Audiences) (vgl. Abb. 10). Die Themenangebote sind eng an die Ministerien gekoppelt. Die thematische Ansprache hat zunächst keine speziellen Gruppen im Fokus. In den weiteren thematischen Untergliederungen finden sich dann allerdings Zielgruppen. So kann unter Gesundheit zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen (u.a. Eltern, Senioren, Studierende/SchülerInnen) gewählt werden und man wird dann zu den entsprechenden Angeboten weitergeleitet. Allerdings werden hier kaum gendersensitive Themen angesprochen.

Die Zielgruppen-Rubrik (Audiences) spricht sofort verschiedene Nutzungsgruppen an, z.B. Aboriginal People, Kinder oder EinwanderInnen. Zunächst erscheint es so, als werde darüber eine große gesellschaftliche Vielfalt widergespiegelt. Allerdings gibt es auch hier keine gesonderten Frauen-Zielgruppen.

Kanada soll somit als Beispiel dienen, wie durchaus gezielt verschiedene Bevölkerungsgruppen angesprochen werden können und dies zudem mit einer thematischen Auflistung verbunden werden kann. Dies könnte eine Perspektive für das Bundesportal sein, da sich dort – wie gezeigt – aufgrund der ausschließlich thematischen Orientierung viele Angebote schlecht finden lassen. Allerdings kann die Seite von Kanada keinem Gender Mainstreaming Kriterienkatalog standhalten.

Abb. 10: Einstiegsseite für KanadierInnen, http://canada.gc.ca/cdns/indiv_e.html

5.3 Ansprache über Zielgruppe Frauen und Männer in Sachsen-Anhalt

Das Landesportal von Sachsen-Anhalt ist ein Beispiel für eine explizite Ansprache verschiedener Zielgruppen. Schon auf der Einstiegsseite fällt dieser Bereich sofort ins Auge (vgl. Abb. 11). Auf dieser Seite werden die Zielgruppen getrennt dargestellt von den Transaktionen (OnlineServices) und den eher landeskundlichen Angeboten (LandesJournal). Das besondere an der Zusammenstellung der Zielgruppen ist, dass neben Bürgerinnen und Bürgern, Erwerbstätigen und Jobsuchenden auch eine gesonderte Ansprache von Frauen und Männern erfolgt.

Abb. 11: Einstiegsseite von Sachen-Anhalt, www.sachsen-anhalt.de

Der Bereich Bürgerinnen und Bürger ist beispielsweise im Weiteren nach Anliegen gegliedert, die in der linken Navigationsleiste ausgewählt werden können. So finden sich an zentraler Stelle für Frauen relevante Bereiche wie Kinderbetreuung und Hilfsangebote in Notsituationen; über Kinderbetreuung lassen sich die Gesetze zu diesem Thema finden sowie eine Rubrik mit häufig gestellten Fragen. Weitere Informationen zum Thema Kinderbetreuung finden sich unter der Rubrik Kinder (vgl. Abb. 12). Dort wird zunächst umfassend erklärt, wie sich eine Kindertagesstätte finden lässt. Daneben besteht die Möglichkeit, mit einer direkten Ortssuche nach Angeboten in der Nachbarschaft zu suchen. So ist hier sowohl allgemeine Information möglich, als auch eine gezielte Suche nach einem Platz in einer Kindertagesstätte. Die einzelnen Themenbereiche werden genau erklärt; wer also zum Beispiel für die Kinderbetreuung zuständig ist und an welche Behörde oder andere Stelle sich die Hilfesuchenden wenden müssen. Damit ist ein wichtiger Schritt getan, um auch unkundigen Bürgerinnen und Bürgern, die nicht bereits im Vorfeld wissen, welche Behörde für welchen Bereich zuständig ist, die Suche zu erleichtern.

Ein gesonderter Bereich für Frauen und Männer rundet dieses in weiten Teilen geschlechtersensitive Portal ab (vgl. Abb. 13). Hier lassen sich Angebote zu gleichstellungspolitischen Fragen und Gender Mainstreaming finden. Ferner gibt es gesonderte Angebote für Frauen und Männer, die sowohl Männer- als auch Frauengruppen umfassen. Von dort aus gibt es auch einen Verweis zum ersten bundesdeutschen Landesportal, dem Fraueninformationssystem des Landes Sachsen-Anhalt (FRISA).

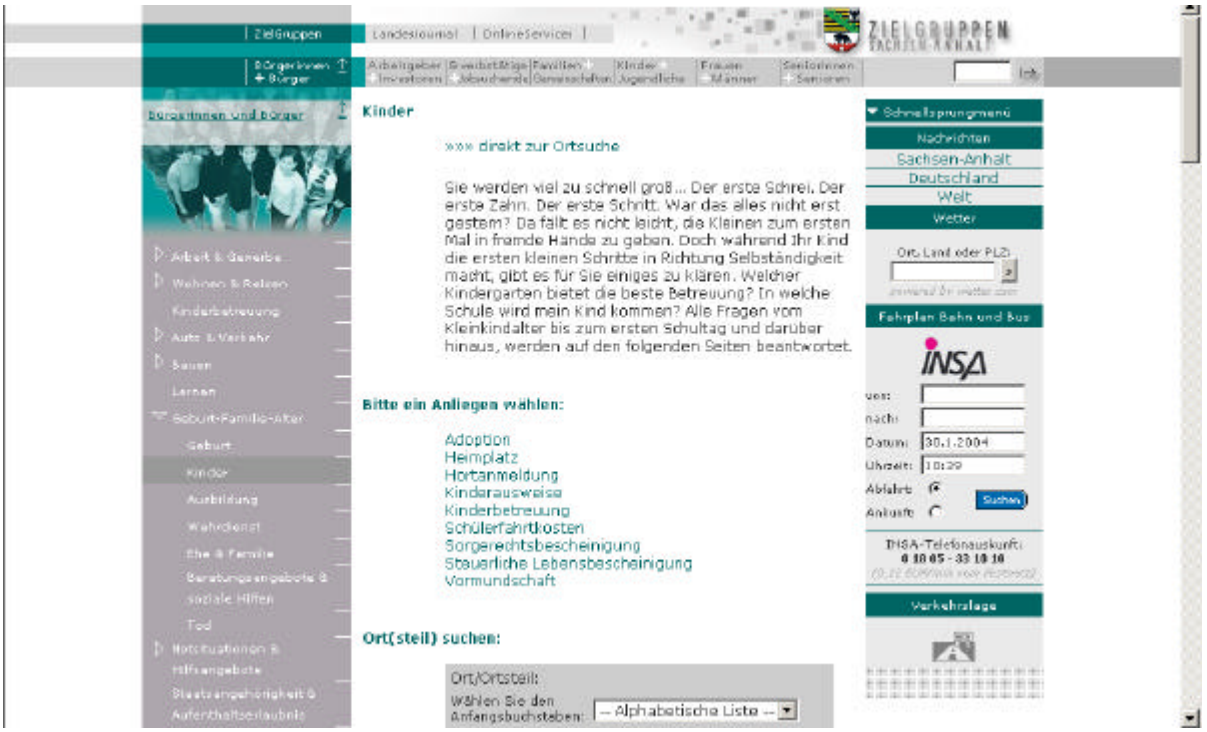

Abb. 12: Informationsseite zum Thema Kinder, http://www.sachsen-anhalt.de/rcs/LSA/pub/BS1/pgexternal/indexnc.jsp?ID=183803&dclp=472c3557f5c99b84f29b015fac741646

Abb. 13: Zielgruppe Frauen und Männer, http://www.sachsen-anhalt.de/rcs/LSA/pub/BS5/pgn9ft5ggz2h/index.jsp

5.4 Doppelstrategie durch integriertes Frauenportal im Bremer Landesportal

Auf der Seite der Stadt Bremen gibt es innerhalb der Themenübersicht unter Soziales einen Bereich für Frauen und ebenso für Männer (vgl. Abb. 14). Der Frauenbereich widmet sich mit mehreren Unterrubriken unterschiedlichen Frauenthemen, untergliedert sich aber auch nach Zielgruppen wie Hausfrauen, Landfrauen oder Mädchen. Innerhalb der Gruppe der Männer gibt es zwar weniger Themen, aber auch hier gibt es Informationen für Väter und über Männergruppen.

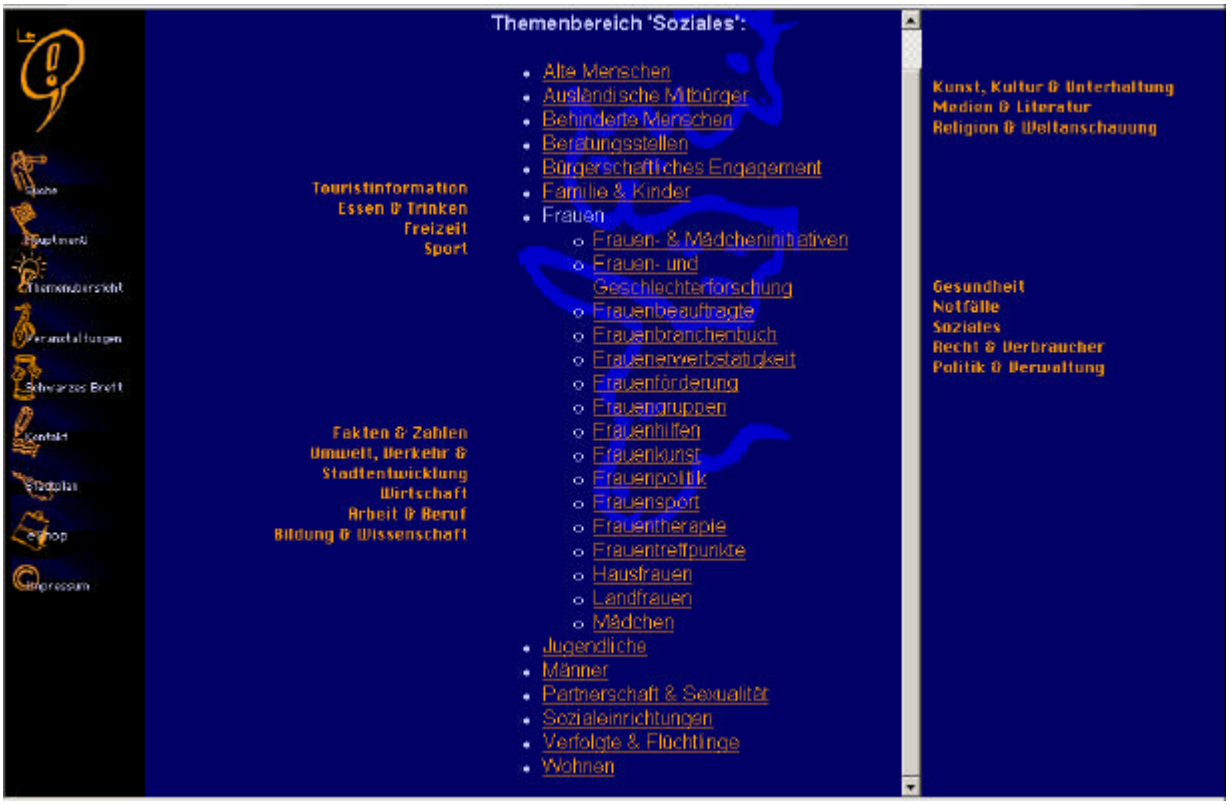

Abb. 14: Frauen unter Themenbereich Soziales, http://www.bremen.de/hauptit.html

Darüber hinaus gibt es in Bremen ein eigenes Frauenportal, auf das ein Hinweis an zentraler Stelle auf der ersten Seite des Bereichs für Bürgerinnen und Bürger verweist. Das Frauenportal Gesche.online bedient sich zum Teil der technischen Infrastruktur des Bremer Landesportals, setzt aber eigene inhaltliche Akzente und schafft damit einen eigenen Raum für Frauen (vgl. Abb. 15).

Abb. 15: Bremer Landesportal für Frauen, http://www.gesche.bremen.de

6 Ergebnisse

Die Bilanz ist insgesamt ernüchternd. Nach einigen Jahren teilweise intensiver staatlicher Förderung von eGovernment-Projekten ist auch über das Bundesportal der Bundesregierung eine offensive Chancengleichheitspolitik nicht zu erkennen. Auf dem Webportal stehen Informationsangebote aus den einzelnen Ressorts der Ministerien im Vordergrund. Ein Querschnittsthema wie die Gleichstellungspolitik zwischen Frauen und Männern findet darin keinen übergreifenden sichtbaren Platz. Auch gibt es bisher noch keine Angebote, die den Bürgern und Bürgerinnen mehr Teilhabe an politischen Prozessen ermöglichen, obwohl diese Möglichkeiten der verstärkten Partizipation von Bürgern und Bürgerinnen bei eGovernment-Prozessen verbal immer versprochen werden. Ingesamt lässt sich festhalten, dass das Bundesportal Frauen noch keine Räume anbietet, in denen sie sich über Themen aus den unterschiedlichsten Lebenslagen informieren und auch austauschen können.

6.1 Fehlendes Informationskonzept zu frauenpolitischen und genderrelevanten Themen

In vielen Bereichen fehlen Angebote, die unterschiedliche Interessen und Lebenslagen mitdenken und auch Belange von Frauen berücksichtigen. Derzeit scheint es vor allem im BMFSFJ eher modern zu sein, ab und an „Männerleben“ separat anzusprechen, wie in der Rubrik Eltern und Kinder, in der auf die eigene URL „Männerleben“ mit einer Studie zu den Einstellungen von Männern verwiesen wird. Bis Anfang Februar 2004 gab es hier auch den Hinweis auf die inzwischen nicht mehr existierende URL „mehr Spielraum für Väter“. Dies ist nicht verkehrt, ersetzt aber nicht die Rubrik „Frauenleben“, die im Bundesportal vollständig fehlt.

Durch eine Nicht-Ansprache von unterschiedlichen Frauen-Zielgruppen werden mit dem derzeitigen Bundesportal frauenspezifische Problematiken marginalisiert, da sie aus einem allgemeinen politischen Portal herausgehalten werden. Solange es aufgrund der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung und privater Gewaltverhältnisse spezifische Benachteiligungen von Frauen gibt, müssen diese auch gesondert angesprochen werden, da sie ansonsten politisch nicht überwunden werden können.

An dieser Stelle kann von einzelnen Länderportalen wie Sachsen-Anhalt oder Bremen gelernt werden, die sowohl eigenständige Frauenportale pflegen als auch gleichzeitig eigenständige Themen zu den Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen in ihren Landesportalen aufführen.

Während eine eigenständige Frauenpolitik bzw. eine gesonderte Zusammenstellung dafür notwendiger Informationen im Bundesportal nicht realisiert wurde, erfolgt eine Verzahnung der Angebote mit dem Querschnittsbereich der Gleichstellungspolitik in manchen Bereichen zumindest in Ansätzen.

So ist im Bereich Arbeit und Beruf – dies ist allerdings die positive Ausnahme im gesamten Portal – die Gleichstellung im Beruf als eigenständige Rubrik benannt. Allerdings wird ein Teil der Informationsangebote in dieser Rubrik nur unter dieser Überschrift geführt und ist entsprechend unter allgemeinen Themen nicht mehr zu finden. Teilweise wird allerdings differenziert auf bestehende Ungleichheiten eingegangen und diese sowohl durch Extra-Angebote für benachteiligte Gruppen als auch durch Integration in bestehende Angebote angesprochen. So wird z.B. im Magazin der Berufsberatung, auf das ein Link verweist, auf die Unterrepräsentanz von Mädchen bzw. Frauen in technischen Berufen verwiesen sowie eine spezielle Online-Broschüre für Frauen angeboten. Zudem findet sich das Projekt Idee_it, das Informationen für Mädchen und Frauen über Ausbildungsberufe in der IT- und Medienbranche aufzeigt, auch allgemein unter Berufswahl. Der Arbeitsmarkt für Frauen hingegen findet sich nur in den Bereichen Gleichstellung und Arbeitslosigkeit, nicht in einem allgemeineren Bereich. Es lassen sich allerdings auch Informationsseiten finden, die Geschlechterfragen überhaupt nicht behandeln, so eine Information zu den neuen Ausbildungsberufen, obwohl es in diesem Bereich von Ministerien geförderte Projekte gibt, die sich speziell an Frauen richten.

Der Bereich Bildung und Ausbildung ist insgesamt bezüglich der Geschlechtersensitivität enttäuschend. Im Bereich Schule, wo es einige erfolgreiche Projekte des BMFSFJ und des BMBF gibt (z.B. Leanet und Lizzynet), werden diese nicht erwähnt; ebenso wenig im Bereich Ausbildung das Netzwerk Idee-it. So lässt sich für diesen Bereich sagen, dass Gender-Problematiken nur gefunden werden, wenn man Links zu weiteren Datenbanken oder Angeboten folgt und dort sucht. Dann lassen sich z.B. über den Bildungsserver geschlechtersensitive Angebote finden. Zu fragen ist aber, warum gerade im Bereich Bildung und Ausbildung des Bundesportals Gender Mainstreaming beinahe vollständig ausgeklammert wird.

Im Bereich Familie und Partnerschaft finden sich durchaus Angebote, die mehrheitlich Frauen ansprechen. Vorbildlich ist die Ansprache verschiedener Partnerschaftsformen. Auch im Bereich Senioren lässt sich sowohl ein spezielles Angebot für Frauen finden, als auch unter einem allgemeinen Verweis die Thematisierung einer besonderen Stellung des Themas „Frauen und Rente“. Mehrheitlich wird in den anderen Rubriken allerdings nicht mehr von speziellen Informationsbedürfnissen ausgegangen. Die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung, die Schwierigkeiten, die bei der Vereinbarkeit von Familie und Kindern besonders von Frauen gelöst werden müssen, werden nicht gesondert angesprochen. Als ausgesprochenes Negativbeispiel kann das Thema „Kinderbetreuung“ gelten. Dort sind keinerlei Informationen für Eltern zu finden.

Die hier aufgeführten Problematiken sind sicherlich mit der Tatsache geschuldet, dass innerhalb des Projekts BundOnline 2005 Gender Mainstreaming im Leitbild und in den Zielsetzungen keine Rolle spielt. So ist es nicht verwunderlich, dass sich in den Informationsangeboten der einzelnen Bereiche kein durchgehendes Gender-Konzept erkennen lässt. Einige der in einzelnen Ministerien durchaus vorhandenen Angebote im Bereich von Gender Mainstreaming sind in das Bundesportal integriert und andere wiederum nicht.

6.2 Fehlende Zielgruppenansprache für verschiedene Gruppen von Bürgerinnen

Es gibt auf dem Bundesportal keine gesonderte Ansprache von Frauen, wie dies z.B. in Sachsen-Anhalt und Bremen erfolgt. Bisher werden Zielgruppen – wenn überhaupt – nur indirekt angesprochen, und diese indirekte Ansprache gibt es dann wieder nur in Teilbereichen. Teilweise stecken dahinter alte Stereotype – wie bei der Anzeigenkampagne zur Familie und Beruf, wo doch wieder Mütter für die Kinder zuständig sind; teilweise kommen durchaus wichtige Zielgruppen wie gleichgeschlechtliche Partnerschaften in den Blick. Damit wirkt es so, dass manchmal an bestimmte Gruppen gedacht wurde, deren Bedürfnisse und Interessen allerdings nicht in allen Lebensbereichen berücksichtig wurden.

Aus den Vergleichen mit anderen Portalen – wie dem zentralen Webauftritt von Großbritannien – lässt sich der Schluss ziehen, dass die Auffindbarkeit von Angeboten aufgrund einer konsequenten Einteilung in Lebenslagen besser gelingt. Dort ist im BürgerInnenbereich durch die verschiedenen Lebenslagen eine schnelle und zielgerichtete Suche möglich. Auch das Landesportal von Kanada bietet eine schnelle Navigation durch eine Zielgruppenorientierung, ist jedoch, was das Mitdenken von Fraueninteressen bzw. das Realisieren von Gender Mainstreaming betrifft, nicht gelungen.

Ein eigener Bereich „Frauen und Männer“, wie in Sachsen-Anhalt und Bremen, bietet zumindest die Möglichkeit, differenziert auf die Problematiken hinzuweisen und dies nicht nur in bestimmten Gebieten zu thematisieren, wie z.B. im Bundesportal innerhalb der Rubrik Gleichstellung im Beruf.

6.3 Keine Partizipation von Bürgern und Bürgerinnen

Das Bundesportal unterstützt derzeit die Partizipation von Bürger und Bürgerinnen bei der Politikentwicklung überhaupt nicht, sondern stellt primär eine Informationsquelle dar. Durch die mangelnde Unterstützung der Teilhabemöglichkeiten von Bürgern und Bürgerinnen werden innerhalb des Bundesportals keine Räume entwickelt, in denen soziale Bewegungen und damit auch Frauenbewegungen ihre politischen Zielrichtungen benennen und diskutieren können. Die Beteiligungsmöglichkeiten von Bürgern und Bürgerinnen bleiben unterentwickelt.

Damit bestätigt sich das Ergebnis verschiedener Studien, die übereinstimmend zum Ergebnis kommen, dass deutsche eGovernment-Projekte im Bereich elektronischer Demokratie durchschnittlich ein deutlich schlechteres Angebot aufweisen als im Bereich elektronischer Verwaltung.[49] Damit kommt gerade der innovative Gehalt des neuen Mediums, nämlich die Unterstützung bi- bzw. multilateraler Interaktionen zwischen Politik, Verwaltung und unterschiedlichsten Gruppen von Bürgerinnen und Bürgern kaum zum Tragen. Dies spiegelt sich auch in den Ergebnissen des (N)Onliner Atlas 2002 nieder. Danach fehlen den Nutzern und Nutzerin-

[49] vgl. u.a. Initiative D21 (Hg.): E-Town 2002. Deutschlands digitale Hauptstädte, Berlin 2002, S.19, http://www.initiatived21.de/druck/news/publikationen2002/doc/25_1053502717.pdf

nen nicht nur zufriedenstellende eGovernment-Angebote, sondern auch interaktive Services wie z.B. Diskussionsforen[50] – so können keine eigenständigen politischen Diskurse entstehen.

Warum aber sind die interaktiven Beteiligungsmöglichkeiten von Bürgern und Bürgerinnen so schwach ausgeprägt? Dies hängt mit der Priorität des Ziels der Dienstleistungsorientierung gegenüber einem ebenfalls möglichen Ziel der Förderung demokratischer Teilhabe zusammen. Im Vordergrund des verwaltungsinternen Interesses stehen Verwaltungsmodernisierung, Effektivitätssteigerung und Rationalisierung. Die Nutzer und Nutzerinnen von Dienstleistungen werden als Kunden gesehen. Der ökonomische Sektor gilt als Leitbild; dies wird im Umsetzungsplan der eGovernment-Initiative des Bundes deutlich. Damit besteht die Gefahr, dass eGovernment-Prozesse Informations-Einbahnstraßen bleiben – von den staatlichen Organen und den öffentlichen Verwaltungen hin zu einem abstrakten Nutzenden, der weder nach Alter, Geschlecht, Ethnie noch nach sozialem Milieu differenziert wird.

6.4 Kurzfristig realisierbare Handlungsschritte

Für die Weiterentwicklung des Bundesportals ist zunächst wichtig, den Ansatz des Gender Mainstreaming nicht mehr nur verbal zu vertreten, sondern inhaltlich umfassend in allen Bereichen des Bundesportals umzusetzen. Dies erfordert eine Integration der Prinzipien des Gender Mainstreaming in das Leitbild und die daraus abgeleiteten Zielsetzungen des Bundesportals. Dabei ist wichtig, dass sowohl Genderfragen in alle Themenbereiche integriert werden, als auch gesonderte frauen- und gleichstellungspolitische Themen sichtbar gemacht werden.

Weiter gilt es, beim Ausbau des Bundesportals eine hochwertige Suche nach Zielgruppen und/oder Lebenslagen zu realisieren und zielgruppenspezifische Angebote zu entwickeln, die wirklich differenziert den Interessen und Belangen von Frauen und Männern in unterschiedlichsten Lebenslagen gerecht werden. Die direkte Ansprache verschiedener Zielgruppen ist auch eine Grundvoraussetzung für das Gelingen verstärkter demokratischer Teilhabe.

Beiden Handlungsanforderungen ist gemeinsam, dass Vielfalt und damit die Berücksichtigung unterschiedlicher Interessen das Ziel eines an gesellschaftlichen Interessen orientierten Bundesportals sein muss. Dies gilt es bei der Weiterentwicklung deutlich mehr als bisher zu beachten.

Damit dies in Zukunft gelingt, empfiehlt es sich, regelmäßige Befragungen der Nutzer und Nutzerinnen durchzuführen. Durch die Einbeziehung möglichst vieler Nutzer und Nutzerinnen kommen deren vielfältigen Perspektiven zum Tragen. Durch die Realisierung vielfältiger Feedback-Möglichkeiten und durch eine hochwertige Evaluation des Nutzungsverhaltens werden die Interessen der Bürger und Bürgerinnen besser wahrgenommen. Auch ist es sicherlich wichtig, in den direkten Entwicklungsprozess Frauen- bzw. Gleichstellungsreferentinnen einzubeziehen. Darüber hinaus können auch Ergebnisse der Gender-Forschung dazu beitragen, einen verengten Blick zu vermeiden und Perspektiven von Frauen in den unterschiedlichsten Lebenslagen und anderer gesellschaftlicher Gruppen zu berücksichtigen.[51]

---

[50] TNS Emnid/Initiative D21 (Hg.): (N)Onliner Atlas 2002. Eine Topographie des digitalen Grabens durch Deutschland, Juni 2002, S.59, http://www.nonliner-atlas.de

[51] vgl. dazu u.a. Winker, Gabriele; Preiß, Gabriele: Unterstützung des Frauen-Alltags per Mausklick? Zum Potenzial elektronischer Stadtinformationssysteme. In: Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien, Heft 1+2/2000, S.49-80, http://www.tu-harburg.de/agentec/winker oder Winker, Gabriele: Fokus Bürgerin. Zur genderbewussten Gestaltung öffentlicher Räume in kommunalen E-Government-Portalen. In: Siedschlag, Alexander; Bilgeri, Alexander (Hg.): Kursbuch Internet und Politik, Band 1/2003, Opladen: Leske+Budrich (im Erscheinen)

Im Gegensatz zu Gender Mainstreaming wird eDemocracy zwar in den Zielen der eGovernment-Initiative benannt, wird aber nicht konkret umgesetzt. Hier müssen Möglichkeiten zur Partizipation in Zukunft mehr Gewicht erhalten. Gerade für die Benennung der unterschiedlichsten Fraueninteressen, die im Mainstream nicht mit gedacht werden und deswegen aktiv eingebracht werden müssen, ist eine Teilhabemöglichkeit auch im Bundesportal wichtig. Grundvoraussetzungen dafür sind themenbezogene Foren und moderierte Diskussionsrunden.

Das Internetportal der Bundesregierung kann zur diskursiven Partizipation beitragen, wenn ein öffentlicher Raum gefördert wird, der mit vielfältigen Informationen für unterschiedlichste Lebenslagen zur gesellschaftlichen Transparenz beiträgt und über vielfältige Interaktionsmöglichkeiten demokratische Teilhabe auch und gerade von Frauen ermöglicht.

In dem Maße, wie es gelingt die aufgeführten erheblichen Schwächen des Bundesportals zu überwinden, kann das Bundesportal zu einem Angebot werden, das in starkem Maß Frauen anspricht und damit auch einen kleinen Beitrag dazu leisten kann, die Kluft in der Internetnutzung zwischen Männern und Frauen auszugleichen. Auch bilden vielfältige Informationen und Partizipationsmöglichkeiten, die sich gezielt an unterschiedliche Frauen-Zielgruppen richten, die Grundvoraussetzung für eine aktive vom Bund unterstützte Frauenpolitik.

7 Literaturverzeichnis

Bertelsmann-Stiftung (2002): Balanced E-Government. Elektronisches Regieren zwischen administrativer Effizienz und bürgernaher Demokratie. Gütersloh, http://www.begix.de

Bilgeri, Alexander; Siedschlag, Alexander (2002): „Die Daten sollen laufen – nicht der Bürger". Deutschland auf dem Weg zum Netzwerkstaat. In: Alexander Siegschlag/Alexander Bilgeri (Hg.): Kursbuch Internet und Politik, Band 2/2002, S. 9-20

Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) (2003): E-Government-Handbuch, http://www.bsi.bund.de/fachthem/egov/

Bundesarbeitsgemeinschaft berufliche Perspektiven für Frauen, Deutscher Juristinnenbund, DGB (2003): Gemeinsames Positionspapier. Geschlechtergerechte Arbeitsmarktreformen? Zu den frauenpolitischen Forderungen für das Vermittlungsverfahren von Hartz III und IV, http://doku.iab.de/chronik/2x/2003_11_26_20_frauenundhartz.pdf

Bundesverwaltungsamt – Projektgruppe Dienstleistungsportal bund.de (Hg.) (2003): Strategie für integriertes eGovernment, http://www.deutschland-online.de

Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend; Statistisches Bundesamt (Hg.) (2003): Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland 2001/02, http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/wo-bleibt-zeit,property=pdf.pdf

Bundesregierung (Hg.) (2000): Staatliche Dienstleistungen über das Internet – eGovernment. http://www.bundesregierung.de/artikel,-18145/staatliche-Dienstleistungen-ue.htm

Bundesregierung (Hg.) (2002): Bericht der Bundesregierung zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern, April 2002, http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung4/Pdf-Anlagen/PRM-19920-Bericht-der-Bundesregierung-zu,property=pdf.pdf

Bundesregierung (Hg.) (2003): Aktionsprogramm Informationsgesellschaft 2006. Ein Masterplan für Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft, http://www.bmbf.de/pub/aktionsprogramm_informationsgesellschaft_2006.pdf

BundOnline 2005 (2001): Umsetzungsplan für die eGovernment-Initiative, Dezember 2001, http://www.bund.de/Anlage66411/pdf_datei.pdf

BundOnline 2005 (2002): Umsetzungsplan für die eGovernment-Initiative 2005. Fortgeschriebener Stand der Umsetzung. Kabinettsbeschluss vom 11. Dezember 2002, Dezember 2002, http://www.bund.de/Anlage97992/pdf_datei.pdf

BundOnline 2005 (2002): Basiskomponenten und Kompetenzzentren, November 2002, http://www.bund.de/Anlage92611/pdf_datei.pdf

Drüke, Helmut (2003): E-Government in Deutschland – Profile des virtuellen Rathauses, Arbeitspapiere aus der Begleitforschung zum Städtewettbewerb Multimedia Media@Komm 8/2003

Fachausschuss Verwaltungsinformatik der Gesellschaft für Informatik e.V. und des Fachbereichs 1 der Informationstechnischen Gesellschaft im VDE (Hg.) (2000): Memorandum „Electronic Government als Schlüssel zur Modernisierung von Staat und Verwaltung“, September 2000, http://www.mediakomm.net/documents/memorandum.pdf

Forschungsgruppe Wahlen Online (Hg.) (2003): Internet-Strukturdaten. Repräsentative Umfrage – IV. Quartal 2003, http://www.fgw-online.de/Ergebnisse/Strukturdaten_Internet/Strukturdaten_2003_12.pdf

Frauen geben Technik neue Impulse e.V.; TNS Emnid; Initiative D21 (Hg.) (2002): (N)Onliner Atlas 2002. Gender-Mainstreaming-Sonderauswertung. Internetnutzung von Frauen und Männern in Deutschland, http://www.kompetenzz.de/filemanager/download/224/(N)Onliner-Genderauswertung.pdf

Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (Hg.) (2003): GEW-Gender-Report 2003. Daten zur Entwicklung in Bildung und Wissenschaft, http://www.gew.de/netkey_projekte/netzwerke/frauenpolitik//file_uploads/gew-gender-report2003.pdf

Hill, Hermann (2002): Electronic Government. Strategie zur Modernisierung von Staat und Verwaltung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39-40/2002, http://www.bpb.de/publikationen/96DF1L,0,0,Electronic_Government.html

Initiative D21 (Hg.) (2002): E-Town 2002. Deutschlands digitale Hauptstädte, Berlin 2002 http://www.initiatived21.de/druck/news/publikationen2002/doc/25_1053502717.pdf

Kaczorowski, Willi u.a. (Hg.) (2003): eGovernment in den Bundesländern – Sachstand und Perspektiven, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, http://www.fes.de

Kamps, Klaus (Hg.) (1999): Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation. Opladen

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (Hg) (2003): Haushalte mit Kindern bei der Nutzung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien führend, http://www.glossar.de/glossar/1frame.htm?http%3A//www.glossar.de/glossar/z_intrzahl2000.htm

Leggewie, Claus; Maar, Christa (Hg.) (1998): Internet und Politik. Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie. Köln

Lucke, Jörn von (2002): Electronic Government. Regieren und Verwalten im Informationszeitalter. Forschungsbericht, http:// foev.dhv-speyer.de/ruvii/bericht.htm

Plake, Klaus; Jansen, Daniel; Schuhmacher, Birgit (2001): Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit im Internet. Politische Potenziale der Medienentwicklung. Opladen

Roesler, Alexander (1997): Bequeme Einmischung. Öffentlichkeit und Internet. In: Münker, Stephan; Roesler, Alexander (Hg.): Mythos Internet. Frankfurt am Main: Suhrkamp

Sauer, Birgit (2002): Demokratie und Geschlecht. Institutionelle Verhältnisse und Verhinderungen. In: Meyer, Thomas; Weil, Reinhard (Hg.): Die Bürgergesellschaft. Perspektiven für Bürgerbeteiligung und Bürgerkommunikation. Bonn

Schumm-Garling, Ursula (1999): Die Beschäftigten im Modernisierungsprozess: Von der Hoffnung zur Realität. Berlin

Statistisches Bundesamt (Hg.) (2003): Informationstechnologie in Haushalten. Ergebnisse einer Pilotstudie für das Jahr 2002. Wiesbaden, S. 20, http://www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2003/iuk_privat.pdf

Stiegler, Barbara (2002): Gender Perspektive, bürgerschaftliches Engagement und aktivierender Staat. Friedrich-Ebert-Stiftung, Juni 2002, http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/01355.pdf

TNS Emnid GmbH (Hg.) (2003): Government Online. A national Perspective 2003. Germany. http://www.tns-emnid.de/

TNS Emnid; Initiative D21 (Hg.) (2002): (N)Onliner Atlas 2002. Eine Topographie des digitalen Grabens durch Deutschland, Juni 2002, http://www.nonliner-atlas.de

TNS Emnid; Initiative D21 (Hg.) (2003): (N)Onliner Atlas 2003. Eine Topographie des digitalen Grabens durch Deutschland, Juni 2003, http://www.nonliner-atlas.de

Winker, Gabriele; Preiß, Gabriele (2000): Unterstützung des Frauen-Alltags per Mausklick? Zum Potenzial elektronischer Stadtinformationssysteme. In: Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien, Heft 1+2/2000, S.49-80, http://www.tu-harburg.de/agentec/winker

Winker, Gabriele (2003): Fokus Bürgerin. Zur genderbewussten Gestaltung öffentlicher Räume in kommunalen E-Government-Portalen. In: Siedschlag, Alexander; Bilgeri, Alexander (Hg.): Kursbuch Internet und Politik, Band 1/2003, Opladen: Leske+Budrich (im Erscheinen)

Zierau, Johanna (2000): Genderperspektive – Freiwilligenarbeit, ehrenamtliche Tätigkeit und bürgerschaftliches Engagement bei Männern und Frauen. In: Picot, Sybille (Hg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland – Freiwilligensurvey 1999